

## Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1915). *Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft*. (Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte, 2). Berlin: G. Fischer. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54610-3>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more information see: <https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

Sammlung von  
Schriften zur Zeitgeschichte

1915. 12

Ho 32

Weltwirtschaft  
und Nationalwirtschaft

von

Franz Oppenheimer

---

1915

---

S. Fischer, Verlag  
Berlin

---

## Erstes Kapitel: Krisis

Alle Bemühung um die nationalökonomische Theorie hat zur stillschweigenden Voraussetzung den Friedenszustand, ja sogar den friedlichen Völkerbund. Man kann die Gesetze der Wirtschaft kaum an einem anderen Objekt erkennen als an dem „Isolierten Staat“, jener genialen Konstruktion des deutschen Volkswirtes Johann Heinrich von Thünen, dem Staate des auf unendlichem Landbesitz angesessenen, durch keine politischen Grenzen eingeschnürten nachbarlosen Volkes. Alle politische Einwirkung, alle „außerökonomische Gewalt“, um mit Marx zu sprechen, ist in der Rechnung des Nationalökonomens lediglich eine „Störung“ der reinwirtschaftlichen Kräfte.

Das ist gut und richtig — solange es in seinen Grenzen bleibt, das heißt als Vorarbeit, als Orientierung. Muß doch auch der Arzt die normale Anatomie und Physiologie genau kennen, ehe er versuchen kann, die Pathologie zu verstehen. Alle Krankheit ist nichts als „der Prozeß des Lebens unter veränderten Verhältnissen“; man muß in

der Volkswirtschaft wie in der Heilkunde den normalen Lebensprozeß kennen, um den krankhaften zu verstehen und zu beherrschen — aber man muß nicht glauben, damit allein auslangen zu können.

Dieser Gefahr der Einseitigkeit sind die national-ökonomischen Theoretiker nicht immer entgangen. Schon der große Quesnay mußte sich von einem geistreichen Merkantilisten seiner Zeit die spöttische Frage gefallen lassen: „Wo liegt dieses Königreich und wo sind seine Grenzen?“ Und unser Friedrich List hat die volle Schale seines Hohnes auf die „Schule“ ergossen, die eine „Volkswirtschaft an sich“, ein blutloses Abstraktum anstatt einer konkreten realen „Nationalwirtschaft“, zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machte.

Wir wollen nicht fragen, ob sich die Gegner der klassischen Schule nicht ähnlicher und ebenso gefährlicher Einseitigkeiten schuldig gemacht haben. Wir wollen nur zugeben, daß auch uns heute noch der Weltkrieg eine ganze Anzahl von Überraschungen gebracht hat, indem er uns zeigte, daß viele Dinge vom Standpunkt der „nationalen Ökonomie“ aus ganz anders beurteilt werden wollen als von dem des Isolierten Staates. Einige davon mögen angeführt werden.

Die Erfüllung der deutschen Zirkulation mit Hartgeld und namentlich mit Gold ist vom Standpunkte der reinen Ökonomie aus ein Unfug gewesen. Wenn es gelang, den Bargeldverkehr so weit durch den Scheckverkehr zu ersetzen, wie das in Großbritannien der Fall ist, konnte

die deutsche Volkswirtschaft eine ungeheure Menge Goldes, zwischen einer und zwei Milliarden Mark, exportieren und dafür entweder fremde Waren oder fremdes „Kapital“ erwerben, daß heißt vom Ausland um fünfzig bis hundert Millionen Mark jährlich mehr Tribut erlangen, als es schon heute erhält. Sicherlich eine sinn- und nutzlose Vergeudung! Das deutsche Volk handelte wie ein Mann, der viel mehr Kasse hält als er nötig hat, also Zinsen einbüßt. — Jetzt aber zeigt sich im Kriege, daß diese „barbarische Rückständigkeit“ ein Segen war. Unsere Reichsbank hat aus dem Verkehr große Goldmassen an sich ziehen können und wird noch mehr an sich ziehen: sie hat heute einen größeren Goldschatz als je, und ihre Noten sind zu mehr als einem Drittel mit Gold gedeckt, trotzdem es ein öffentliches Geheimnis ist, daß sehr große Goldmengen als Subsidien für eine befreundete Macht außer Landes gegangen sind. Wenn unsere Valuta den Stoß so gut vertragen hat, so danken wir das neben den Siegen unserer Braven am Feinde der Goldplethora unserer „rückständigen“ Zirkulation.

Ein anderes Beispiel: vom Standpunkt der reinen Ökonomie aus liegt in der Organisation unserer Großbanken eine gewiß nicht geringe Gefahr für den Kredit. Sie sind im Gegensatz zu den englischen Banken, wo die Funktionen kraft Gesetzes streng getrennt sind, gleichzeitig Depositen- und Emissionsbanken. Im Frieden könnte diese Verquickung theoretisch einmal sehr böse

Folgen haben: einem allgemeinen „Run“ wäre keine noch so solide deutsche Bank gewachsen. Im Kriege hat sich gezeigt, daß gerade diese scheinbare Schwäche unseres Bankwesens seine Stärke war. Die Banken waren im eigensten Interesse ihres Fortbestandes gezwungen, die einmal gewährten Kredite durchzuhalten und derart die Industrie und den Handel zu stützen. In Großbritannien aber, wo alles mit „Eigenkapital“ arbeitet, fand niemand in der Krisis Kredit, und die Dinge lagen viel schwerer als bei uns.

Und weiter: es erweist sich als ein sehr starker Posten in unserer Bilanz gegenüber Großbritannien, daß wir unsere Landwirtschaft leistungsfähig genug erhalten haben, um 95 Prozent unseres — pro Kopf verhältnismäßig sehr starken — Bedarfs sowohl an Brotkorn wie an Fleisch zu erzeugen. Wir haben das mit ungeheuren Opfern in 36 Friedensjahren erkaufte, haben nicht nur die Nahrung der großen Masse sehr verteuert, sondern auch den Bodenwert auf ungesunde Höhe steigen lassen — Dinge, die vom Standpunkt der reinen Ökonomie widersinnig waren. Jetzt zahlen sie sich aus. Es zeigt sich, daß unsere welt- und militärpolitische Situation uns zwang, dem Geiste der reinen Ökonomie entgegen zu handeln, solange es uns nicht möglich war, die Bodenbesitzverteilung Ostdeutschlands entscheidend zu verändern. Denn nur ein Land des Großgrundbesitzes braucht Schutzzölle, um seine Landwirtschaft zu erhalten und zu entwickeln: ein Bauernland entwickelt sich unter Frei-

handel eher noch glorreicher, wie Dänemark beweist. Es kann sich eben auf die Viehzucht umlegen und das Veredelungsgewerbe ausbilden, das das billige fremde Korn in teure heimische Milch, Butter, Fleisch und Schmalz verwandelt. Da wir aber noch kein reines Bauernland sind, so mußten wir unsere Landwirtschaft mit den größten Opfern schützen, um im Kriege zu bestehen.

Um so mehr, als sich zeigt, daß wir doch auch die Möglichkeiten der Zuschußversorgung über neutrale Länder im Kriegsfall überschätzt haben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Drohung der absoluten Absperrung Deutschlands vom Welthandel undurchführbar ist und bleibt. Je höher die Preise der Dinge, deren wir dringend bedürfen, im Inlande steigen, um so stärker wird der Druck, mit dem die im Ausland befindlichen Warenmassen auf die Sperre pressen, und um so gewisser finden sie die Poren in dem Wall, der uns einschnürt. Ganz sicher werden wir, wenn Rumänien noch eine Zeitlang neutral bleibt, sogar russisches Getreide erhalten, und ganz sicher werden es sich die Neutralen, unter denen sich die starke amerikanische Union befindet, auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß man ihnen den Absatz ihrer Stapelprodukte verbietet. Dennoch war im Anfang des Krieges die Sperre für alle billigeren Massengüter eine fast vollkommene, schon aus dem Grunde, weil unsere neutralen Nachbarn und sogar das uns verbündete Österreich-Ungarn alle Hände voll zu tun hatten, um sich selbst

erst einmal für alle Möglichkeiten zu versorgen, das heißt Vorräte anzulegen, wie sie in solcher Größe in Friedenszeiten unnötig sind. „Das Kollateral-Netz“ des Welt-handels wird sich ja ausbilden, aber sicherlich nicht so schnell und wahrscheinlich nicht zu solcher Leistungsfähigkeit, wie man vom Standpunkte der reinen Friedensökonomie angenommen hatte.

So sind wir in vielen und praktisch gewiß bedeutungsvollen Punkten eines Besseren belehrt worden. Im großen und ganzen aber hat der Verlauf der Volkswirtschaft während des Krieges die Theorie nur bestätigt; ja es zeigt sich, daß viele Dinge nur vom Standpunkt der fortgeschrittensten theoretischen Auffassung aus verstanden werden können.

Wir werden den Komplex der Erscheinungen in seiner natürlichen Gliederung betrachten, zuerst die Krisis, die die Kriegserklärung brachte, und dann das Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, das der Anpassung an den neuen Zustand.

Die Wirtschaftskrise, die der Krieg brachte, hat sich wohl quantitativ, aber kaum qualitativ wesentlich von jeder anderen allgemeinen Krisis unterschieden.

Eine Krisis ist die Desorganisation der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung durch eine große und verbreitete Absatzstörung und Preisverschiebung, die den von mir so genannten „Kredit-Geld-Verkehr“ unterbricht.

Wenn wir es verstehen, durch den Schleier der Maja

hindurchzublicken, der uns alles wirkliche volkswirtschaftliche Geschehen fast unsichtbar macht, durch den Geldschleier, so erkennen wir, daß die Volkswirtschaft nichts ist als Kooperation: Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung. Die große Mehrzahl aller Mitglieder einer Wirtschaftsgesellschaft arbeitet und stellt durch ihre Arbeit entweder unmittelbar „Dienste“ oder mittelbar „Güter“ her, die dazu bestimmt sind, andere Mitglieder der Gesellschaft, die andere Dienste oder Güter herstellen, mit denjenigen Wertdingen zu versorgen, die sie brauchen. Alle diese Wertdinge werden, „an der Geldelle“, ihrem Werte nach, gemessen und dementsprechend ausgetauscht.

In Parenthese: wir dürfen bei dieser Betrachtung davon absehen, daß in unserer kapitalistischen Volkswirtschaft gewisse Monopole bestehen, deren Nutzungen, namentlich Kapital- und Bodennutzungen, aber auch andere, weniger bedeutsame Dinge, ganz wie Arbeitsprodukte auf dem Markt erscheinen, nach eigentümlichen Gesetzen an der Geldelle bewertet werden und sich gegen Arbeitsprodukte austauschen, so daß die Inhaber der Monopole mit solchen versorgt werden, ganz als leisteten sie selbst Beiträge zu dem allgemeinen Schatz von verbrauchbaren Diensten und Gütern, während sie in der Tat nichts leisten.

Sehen wir von diesen Dingen ab, die uns hier nichts helfen, uns aber sehr verwirren könnten, so zeigt sich zunächst, daß in einer hochentwickelten Volkswirtschaft jeder nur arbeiten und verbrauchen kann, weil alle anderen

ebenfalls arbeiten und verbrauchen. Daß A arbeitet, ist die Bedingung nicht nur dafür, daß B, C und Z die Produkte verbrauchen können, die A herstellt, sondern auch dafür, daß B, C und Z die Produkte herstellen können, die A, F und X verbrauchen: denn niemand kann längere Zeit hindurch erzeugen, ohne verkaufen zu können. Es handelt sich um einen Warenaustausch im Kreise, in einem Kreise, der an keiner Stelle unterbrochen werden kann, ohne daß er an allen Stellen stockt oder ganz stillsteht.

Auf primitiven Stufen ist dieser Warenaustausch von Gütern und Diensten noch ganz unverschleiert, da kein „Geld“ dazwischentritt. Ware tauscht sich unmittelbar gegen Ware. Das ist auch noch auf einer höheren Stufe der Fall, wenn eine besonders bevorzugte Ware zum „Gelde“ geworden ist: dann tauscht sich zum Beispiel ein Schwert gegen einen Ochsen, und der Ochse gegen eine ärztliche Konsultation. Immerhin legt sich hier schon der Majaschleier des Geldes, wenn auch noch leicht durchschaubar, um den eigentlichen Sachverhalt; man muß schon scharf hinschauen, um zu erkennen, daß hier im Grunde ein Schwert gegen einen ärztlichen Dienst getauscht worden ist, daß der Ochse nur das Mittel des Austausches war. Aber immerhin: der Ochse ist als Zug- und Schlachtthier unmittelbar brauchbar, also Ware im strengen Sinne.

Das gilt nicht mehr vom Gelde im strengeren Sinne, dem gemünzten Edelmetall, das auf einer höheren Stufe

zum Mittel des Tausches wird. Als Münze ist es nicht unmittelbar verbrauchbar, und so wird der Charakter des Tausches noch viel schwerer durchschaubar. Alle Ware muß sich erst in Geld verwandeln, und dann verwandelt sich das Geld in eine andere Ware. Bei jedem Tausch wechselt wirkliches Geld, Hartgeld, den Besitzer.

Das geht aber nur so lange, wie nur fertige und gegenwärtige Waren gegeneinander getauscht werden, und das ist nur in verhältnismäßig kleinen Wirtschaftskreisen von verhältnismäßig geringer Entwicklung möglich. Werden die Kreise größer, so muß oft der Tausch von solchen fertigen Waren gegeneinander stattfinden, die im Moment des Tausches weit voneinander entfernt sind, zum Beispiel von argentinischem Weizen gegen deutsche Farbwaren: der Tauschverkehr muß sich über den Raum spannen. — Und ferner, wenn die Wirtschaft sich höher staffelt, muß oft der Tausch von fertigen Waren stattfinden gegen solche, die erst in einiger Zeit fertig sein werden: der Tauschverkehr muß sich über die Zeit spannen. Denn A muß sein Produkt, zum Beispiel Eisenerz oder Kautschuk, heute schon zu Markte bringen, damit B sein Produkt, zum Beispiel Schienen oder Pneumatiks, in drei Monaten an den Verbraucher liefern kann. B hat aber heute noch kein Geld, um A zu bezahlen, da er das Geld erst von seinen Abnehmern erhalten wird, und so begnügt sich A mit dem Versprechen B's, zu zahlen, wenn sein Abnehmer ihn bezahlt haben wird.

Oder mit anderen Worten: der Tauschverkehr vollzieht sich durch die Vermittlung von „Kreditgeld“, wie ich es — im Gegensatz zu dem „Kredit“, dem eigentlichen Darlehen — genannt habe. Als Kreditgeld fungieren Wechsel, Schecke, Konnossemente, Umbuchungen im Bank- und Clearingverkehr.

Wenn es uns gelingt, durch den Geldschleier hindurchzuschauen, so erkennen wir, daß wir auf dieser Stufe wieder den unmittelbaren Warentauschverkehr haben wie auf der primitiven Stufe. Wie dort tritt kein Geld eigentlichen Sinnes in den Tauschverkehr ein. Die Ware verwandelt sich nicht zuerst in Geld, damit das Geld sich in eine andere Ware verwandeln kann, sondern Ware tauscht sich unmittelbar gegen Ware, ein an der Geldelle gemessenes bestimmtes Quantum gegen ein anderes, ebenfalls an der Geldelle gemessenes und als wertgleich befundenes Quantum. War das Geld auf der vorigen Stufe zweierlei: Ware und Wertmesser, so ist es auf dieser Stufe in normaler Zeit nur noch eins: Wertmesser! Es tritt so wenig in den Tauschverkehr ein wie der Meterstab des Schnittwarenhändlers in seinen Verkehr mit den Kunden.

Praktisch verlaufen die Dinge auf dieser Stufe folgendermaßen: Produzent A verkauft sein Produkt an die Produzenten B, C usw. gegen Wechsel zu einem Preise, der außer seinen Selbstkosten einen Gewinn für ihn einschließt, groß genug, um dafür die Güter und Dienste zu kaufen, die er als Konsument für seinen Haushalt

braucht. Der Wechsel ist nichts anderes als eine Anweisung auf ein wertgleiches Quantum des gesamten, in jedem Augenblick vorhandenen gesellschaftlichen Vorrats an Gütern und Diensten; A kann sich dieser Anweisung bedienen, um zu konsumieren und weiter zu produzieren.

B, C usw. erzeugen nun ihr Produkt aus den von A gekauften Stoffen, verkaufen es an D, E und F wieder auf Wechsel gegen einen Betrag, der außer ihren Selbstkosten ihren Gewinn einschließt, und sehen sich derart in der Lage, von A dessen neue Produkte zu erwerben und ihrerseits weiter zu produzieren. Und so geht es weiter bis zu Y und Z, die die letzten Abnehmer von A und X und gleichzeitig die ersten Lieferanten für A und B sind. Damit ist der Kreis geschlossen: Jeder hat als Produzent seinen Teil zum Gesamtvorrat geleistet, jeder als Konsument seinen Teil aus dem Gesamtvorrat entnommen, alle gegenseitigen Verpflichtungen des ersten Kreislaufes sind „saldiert“, während der nächste Kreislauf schon wieder in voller Bewegung ist.

Es ist nicht nötig, diese Dinge noch genauer darzustellen, namentlich zu zeigen, wie das Kreditgeld der Großproduktion, der Wechsel, und das Kreditgeld der Kleinproduzenten und des „letzten Konsums“, der Scheck, einander ergänzen. Das Schema genügt vollkommen, um sich zu orientieren. Wir haben einen ungeheuren Kreis von Wirtschaftssubjekten, die miteinander in Arbeitsteilung verbunden sind. Sie tauschen unmittelbar

durch wertbestimmte Anweisungen auf das gemeinsame Erzeugnis, durch das „Kreditgeld“. „Öffentliches Geld“, das heißt Banknoten und Hartgeld, dient auf höchster Entwicklungsstufe innerhalb der Nationalwirtschaft nur noch dem Kleinverkehr dort, wo es sich nicht lohnt, oder mangels persönlicher Beziehungen nicht möglich ist, Schecke auszustellen; — und im internationalen Verkehr dient Hartgeld nur noch zur Saldierung der „Spitzen“. Und diese Spitzen sind sicherlich viel kleiner, als die Statistik im allgemeinen annimmt. Denn das Edelmetall, das hin und her geht, wird im allgemeinen nicht als Zahlungsmittel, sondern als Rohstoff, Gold zum Beispiel für das Juweliergewerbe, gehandelt, ist also gar nicht „Geld“, sondern Ware, ganz wie etwa Kupfer.

Dieser Kreditgeldverkehr hat international in Großbritannien seinen Höhepunkt erreicht, verkörpert durch den enormen Clearing-Verkehr. Wenigstens fünfundneunzig Prozent aller gegenseitigen Zahlungsverpflichtungen, so schätzt man, werden durch ihn ausgeglichen; und ganz analog steht es um den internationalen Warenaustausch.

Das ist der wirtschaftliche Inhalt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ihrer Vermittlung durch den Kreditgeldverkehr. Nun muß sich aber bekanntlich jeder wirtschaftliche Inhalt in eine juristische Form kleiden. Diese juristische Form ist das Versprechen, binnen bestimmter Frist in gesetzlicher Valuta oder Gold zu zahlen. Durch diese juristische Verpflichtung werden alle Betei-

ligten gleichzeitig Gläubiger und Schuldner, Zahlungsverpflichtete an ihre unmittelbaren Vordermänner, Zahlungsberechtigte gegenüber ihren unmittelbaren Hintermännern.

Diese juristische Form bleibt leere bedeutungslose Form, solange die Wirtschaft in normaler Weise funktioniert, das heißt, solange das Preisniveau im großen und ganzen, trotz mancher Schwankungen im kleinen und einzelnen, das gleiche bleibt. Da jeder später ausgestellte Wechsel oder Scheck durchschnittlich höher ist als jeder früher ausgestellte, weil er ja nicht nur die Selbstkosten des Produzenten, sondern auch seinen Gewinn deckt, macht die Schlußausgleichung keine Schwierigkeiten. Alle früher ausgestellten Wechsel werden durch die später ausgestellten bedeckt und sozusagen aufgehoben. Da aber die später ausgestellten auf immer größere Wertbeträge lauten, ist jedem Produzenten ein Betrag übriggeblieben, aus dem er im Wege des Scheck- oder Bargeldverkehrs diejenigen Dinge erwerben konnte, die er als Konsument für seinen Haushalt brauchte. Auf diese Weise hat jeder für sich, und haben alle zusammen das Schwungrad der Gesamterzeugung, den Konsum „letzter“ Güter und Dienste, in Bewegung erhalten.

Sobald aber durch irgendeine Störung die normale Funktion der Volkswirtschaft leidet, sobald das allgemeine Preisniveau eine schwere Erschütterung erfährt, füllt sich die juristische Form mit sehr realem und überaus gefährlichem Inhalt.

Wenn die Preise allgemein sinken, entfällt die Voraussetzung des gesamten Kreditgeldverkehrs, daß jedes später ausgestellte Kreditpapier durchschnittlich auf höheren Wert lautet als jedes früher ausgestellte, weil der Gewinn von A bei B als Element seiner Selbstkosten erscheint. Wenn B im Preise seiner Produkte diese seine Selbstkosten zuzüglich eines Gewinnes nicht mehr erhält, so muß er seinen persönlichen Konsum einschränken, und dann haben alle anderen Produzenten verminderten Absatz, sinkende Preise und ihrerseits verringerte Kaufkraft; und er kann im schlimmsten Fall trotzdem aus dem Preise, den er erhält, A nicht bezahlen, was er ihm unter anderer Voraussetzung schuldig geworden war. Oder, um von aller juristischen Form abzusehen: das Quantum von Produkten, auf das B jetzt seine Anweisung erhält, ist, an der Geldelle gemessen, kleiner als das Quantum von Produkten, auf das er selbst früher die Anweisung an A erteilt hatte. Und damit bricht der gesamte Kreditgeldverkehr auseinander, weil seine Grundvoraussetzung fortgefallen ist.

Fortan sträubt sich jeder Produzent, gegen Kreditgeld zu verkaufen. Der Kundenwechsel ist im normalen Verlauf der Dinge ein sicheres Papier, auch wenn der Kunde kein beträchtliches Privatvermögen besitzt, weil es auf einen höheren Betrag lauten muß, als die Verpflichtungen seines Ausstellers reichen: jetzt wird er mißtrauisch angeschaut und nur noch genommen, wenn ein der Giri an sich „gut“, das heißt durch ein Privat-

vermögen, das außerhalb des Warentauschverkehrs besteht, gedeckt ist. Mit anderen Worten: der Kreditgeldverkehr nimmt, wo er überhaupt noch der Form nach fortbesteht, den Inhalt des Kreditverkehrs, des wirklichen Darlehns an und kann ihn ohne weiteres annehmen, weil Kundenwechsel und Finanzwechsel die gleiche ununterscheidbare Rechtsform haben. Wo aber keine eigentliche Kreditbasis vorhanden ist, wird Privatpapier überhaupt nicht mehr genommen, sondern der Produzent verlangt öffentliches Geld.

Das ist schon schlimm genug, denn nun kann der vermögensschwache Produzent, wenn überhaupt, nur noch auf geringerer Stufe produzieren. Aber schlimmer noch ist, daß unter solchen Umständen für diejenigen Wechsel, die schon vor dem Zeitpunkt der Krisis ausgestellt waren, nicht andere Wechsel angenommen werden. Der Berechtigte besteht plötzlich notgedrungen auf seinem Schein, wonach ihm Befriedigung in gesetzlicher Valuta zusteht. Reichengeld ist in Warengeld umgeschlagen. Die Form wird zum Inhalt.

Und das setzt nun einen *circulus vitiosus* in Bewegung, der bei irgendwelcher größeren Ausdehnung des Preissturzes die Entwertung des gesamten Warenvorrates, den Zusammenbruch des ganzen Preisgebäudes nach sich ziehen muß:

Weil jeder in öffentlichem Geld zahlen soll und muß, in viel höherem Maße, als das in normalen Zeiten vorkommt und durch Kassenhaltung vorgesehen ist, ist öffent-

liches Geld viel stärker nachgefragt als in normaler Zeit. Weil jeder es notgedrungen aufspeichert, um im Notfall zur Einlösung seiner Passiv-Wechsel gerüstet zu sein, wenn seine Aktiv-Wechsel nicht honoriert werden sollten, ist es in viel geringerem Maße angeboten als in normaler Zeit. Umgekehrt steht es mit der Ware. Weil jeder öffentliches Geld braucht, bietet er die Ware leidenschaftlich an; weil keiner öffentliches Geld herausgibt, fragt er keine Ware nach. Bei solcher Konstellation muß der Preis des öffentlichen Geldes stark steigen, der der Ware stark sinken, und der Preis der Ware, ausgedrückt in Geld, doppelt stark sinken.

Und zwar aller Ware, auch derjenigen, die bis dahin ihren Preis gehalten hatte. Damit ergreift die Verheerung den ganzen Markt und verschlimmert sich im Zirkel, weil jede Folge wieder zur Ursache einer Erschwerung ihrer eigenen Ursache wird, bis die gesamte gesellschaftliche Kooperation mit einem „Krach“ auseinanderbricht. Je teurer das öffentliche Geld wird, um so billiger wird die Ware, um so mehr wird sie angeboten, um so weniger gefragt, um so leidenschaftlicher reißt jeder das Geld an sich und entwertet eben dadurch den allgemeinen Warenvorrat wieder, und so fort im Herenzkreise.

Dieser fehlerhafte Zirkel erfaßt nun auch noch den eigentlichen Kreditverkehr, den wirklichen Darlehnsverkehr. Schon der Aufschlag der Risikoprämie wird unter solchen Umständen so viel höher, daß eine beträcht-

liche Erhöhung des Gesamtzinsfußes die Folge sein muß; aber auch der eigentliche Diskont, der nackte Zinsfuß, steigt sprungweise durch einen Mechanismus, den ich entbedt zu haben glaube:

Wo so viele öffentliches Geld brauchen und ihre Waren bei fallendem Preise anbieten, um es zu erlangen, bieten viele auch Kapitalsanlagen mit fester Verzinsung zum Verkauf aus, zum Beispiel Hypotheken, Obligationen, Anteile an Staatsanleihen. Der Kurs, das heißt der Preis dieser Papiere sinkt infolgedessen, und das bedeutet, daß die Kapitalrente, die sie abwerfen, im Verhältnis zu ihrem Geldwerte steigt. Wer einen dreiprozentigen Konsol zu 75 kauft, hat 4 Prozent Zins. Da aber der Ertrag festverzinslicher Anlagen immer in bestimmtem Verhältnis zu dem allgemeinen Diskont steht, muß auch der Diskont steigen und unter Umständen auf wahn-sinnige Höhe steigen, wie es im Panikstadium amerikanischer Krisen beobachtet werden konnte.

Wo aber der Kredit sich derart verteuert und zusammenschrumpft, muß die Produktion sich ebenfalls zusammensziehen; niemand kann bei steigenden Kosten und sinkenden Preisen seine Erzeugung lange fortführen. Wenn aber in dem Kreise der Kooperation M, N, O und P aufhören müssen, in dem bisherigen Umfang Produkte zu erzeugen, so können auch A bis L und Q bis Z nicht weiterarbeiten, weil ihnen der Absatz fehlt.

Daß dieser ganze Komplex noch durch sozusagen akzidentelle Dinge verschlimmert wird, braucht hier nur

angedeutet zu werden. Die ersten Bankrotte bringen die Panik und die Runs auf Banken und Sparkassen, um öffentliches Geld zu erlangen, da man die Kapitalansprüche gefährdet glaubt. Das zwingt unter Umständen die Banken und Sparkassen ihrerseits zu verfrühter Kündigung von ausgegebenen Krediten und treibt den Diskont noch höher. Ferner sind in sozusagen normalen Krisen die verwandten Erscheinungen des „internal“ und „external drain“ sehr regelmäßig zu beobachten. Der „internal drain“ ist der unterirdische Abfluß des öffentlichen Geldes aus der Zirkulation; es verkriecht sich in Schubladen, Strümpfen, Geldschränken und Stahlkammern oder wird als ungeheuer vermehrte „Portemonnaie-Reserve“ herumgeschleppt. Der „external drain“ ist der oberirdische Abfluß des Geldes, und zwar des Hartgeldes, vor allem des Goldes, ins Ausland, das Effekten gegen bar verkauft, Guthaben und „Pensionen“ kündigt und zurückzieht und Finanzwechsel unterzubringen sucht. Der „internal drain“ wirkt durch die katastrophale Verminderung der in der Zirkulation „sichtbaren“ Geldmenge erhöhend auf den Preis des Geldes und erniedrigend auf den der Ware, und dadurch mittelbar erhöhend auf den Diskont, während der „external drain“ unmittelbar auf den Diskont einwirkt, weil die Zentralbank des von der Krisis befallenen Landes, um ihre Valuta zu schützen, gezwungen ist, den offiziellen Bankzinsfuß sprung- und prozentweise heraufzusetzen: das einzige Mittel, um fremdes Geld

festzuhalten und schnell anzulocken und fremde Kreditwünsche auf den eigenen Vorrat abzdämpfen.

Das ist im Großen und Ganzen der Symptomenkomplex und der Mechanismus jeder Wirtschaftskrise. Die Kriegskrise, die wir erlebt haben, unterschied sich nur wenig von jeder anderen. Sie war unterschieden durch ihre Ursache: der Preissturz, der sie auslöste, kam dieses Mal nicht aus den Tiefen der kapitalistischen Widersprüche, sondern aus den Verwicklungen der Außenpolitik. Im Mechanismus fehlte ferner der „external drain“, weil die Ausfuhr von Gold nur in geringem Maße möglich war. Und schließlich erreichte die Arbeitslosigkeit keinen Augenblick die Höhe, die eine Krise von gleicher Furchtbarkeit in Friedenszeiten — wenn sie möglich ist! — mit sich gebracht hätte, und zwar, weil der Staat sofort Millionen von Männern aus dem Arbeitsmarkte nahm und ernährte und besoldete, die nun mit ihrem Produkt, ihren „Diensten“, nicht mehr das Angebot beschwerten.

Das sind bedeutsame Unterschiede namentlich des Ausmaßes; aber die Hauptzüge waren die bekannten:

Den Ausgangspunkt bildete ein kolossaler Preissturz namentlich auf zwei gewaltigen Gebieten der Volkswirtschaft, demjenigen des Außenhandels und der Ausfuhrgewerbe, — und demjenigen der Luxusindustrie. Deutschland hatte 1913 über zwanzigtausend Millionen Mark Gesamt-Außenhandel gehabt, davon ungefähr zehntausend Millionen Ausfuhrhandel. Diese riesenhafte

Produktion von Gütern wurde mit einem einzigen Schläge fast völlig abgeschnitten, und zwar nicht nur die gesamte Ausfuhr über See (zuerst war auch der Ostseehandel still gelegt), sondern auch ein großer Teil der Ausfuhr über die Landgrenzen. Lagen doch unsere beiden stärksten Anrainer und Abnehmer, Rußland und Frankreich, mit uns im Kriege, zu denen sofort Belgien trat. Osterreich-Ungarn hatte mit sich selbst zu tun und brauchte namentlich seine Eisenbahnen für die Zwecke der Mobilisierung, und ähnlich stand es um die wenigen angrenzenden Neutralen: Dänemark, Holland, die Schweiz. Außerdem lähmte die überall sofort gleichzeitig mit eher noch größerer Gewalt einsetzende Krisis und Panik den Rest der Kaufkraft und Kauflust dieser an sich verhältnismäßig schon kleinen und schwachen Kunden des deutschen Gewerbes.

Damit war aber des Unheils nicht genug! Es ist bekannt, daß die Güterbilanz der Handelsstatistik nur einen Teil des Außenhandelsverkehrs aufzeichnet, denjenigen Tausch, der in materiellen Gütern erfolgt. Sie zeichnet nicht auf den Austausch von Diensten gegen Güter und Dienste und ebensowenig den Austausch von Kapitalien und Kapitalrenten untereinander und wieder gegen Güter und Dienste. Auch dieser ungeheuer große Verkehr stockte im gleichen Moment fast völlig, und das bedeutete für Deutschland einen weiteren sehr schmerzlichen Ausfall. Denn unser Land leistete im Frieden dem Ausland, namentlich als Verfrachter, Makler und

Reeder, große und hochwertige Dienste, die mit Gütern bezahlt wurden; und außerdem ist Deutschland eines der größten Gläubigerländer des Planeten, dem von überall her Güter aller Art als Zins und Dividende seiner Kapitalanlagen zuströmen.

Das zweite große Gebiet, auf dem der Absatz augenblicks fast ganz aufhörte und die Preise in den Abgrund stürzten, war das Luxusgewerbe, das in einem so reichen Lande wie Deutschland einen verhältnismäßig sehr großen Raum einnahm. Hier litt vor allem die Textilindustrie, und litt um so schwerer, weil ihre Arbeiter und Angestellten zum überwiegenden Teile Frauen sind, die der Staat nicht für seine Heerzwecke einzog; hier presste daher die ganze ungeheure Masse der Produzenten von Diensten auf den Arbeitsmarkt, noch verstärkt durch den Zustrom vieler Tausende von anderen Frauen (Dienstboten usw.), die aus anderen Gewerben abgestoßen worden waren und sich nun um die wenigen offenen Stellen der Textilbranche drängten. Daher war die Arbeitslosigkeit der Frauen im Kriegsbeginn die bedrohlichste aller Erscheinungen und ist es noch heute.

Schon dadurch wurde der Ring der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung gesprengt. Wo so viele A und B keinen Absatz mehr fanden, mußten entsprechend viele C und D aufhören zu produzieren. Aber es kamen noch andere Dinge hinzu, um das Übel zu verstärken, Dinge, die ebenfalls in einer Friedenskrisis nicht vorkommen. Eine ganze Anzahl von Produ-

zenten mußte die Arbeit niederlegen oder einschränken, nicht weil ihr Absatz eingeschrumpft war, sondern trotzdem die Nachfrage die alte blieb, ja sogar noch kräftig stieg, und zwar aus Gründen, die durch den Kriegszustand gegeben waren. Hier waren unentbehrliche Arbeitsleiter und Arbeiter zum Heere eingezogen; — dort konnten die notwendigen Roh- und Hilfsstoffe nicht herangezogen werden, weil das gesamte Bahnnetz durch die Mobilisierung belegt war; — dort fehlten notwendige Materialien, die der Handel nicht mehr heranschaffen konnte. Und so viele E und F aufhören mußten, so viele G und H anderer Zweige wurden absatzlos.

Anderer Zweige wieder litten unter der Panik, die den Kreditverkehr ergriff, zum Teil lähmte, zum Teil so verteuerte, daß die Produktion nicht fortgesetzt werden konnte.

Unter diesen Umständen mußte der Kreditgeldverkehr zusammenbrechen und brach zusammen. Niemand wollte mehr auf Wechsel verkaufen, jeder verlangte Kasse. Der Run auf das öffentliche Geld begann bei den privaten und öffentlichen Schuldner, bei Sparkassen und Banken. Mehrere Konventionen beschloßen sofort, daß nur noch gegen Kasse verkauft werden dürfe; damit setzte jener *circulus vitiosus* ein, in dem öffentliches Geld immer teurer und Waren aller Art, auch „Kapital“, immer billiger werden, so daß der Warenpreis und der Effektenkurs sanken und der Diskont stieg. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der gesamte deutsche Austausch

in den ersten Kriegswochen auf einen sehr geringen Bruchteil des normalen eingeschrumpft war. Dennoch wollte der Vorrat an öffentlichem Gelde, der dem viel höheren Friedensumsatz durchaus genügt hatte, durchaus nicht reichen, und die Pressen der Reichsdruckerei hatten Wochen und Wochen hindurch Tag und Nacht Banknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine zu drucken, bis der Bedarf an öffentlichem Gelde, namentlich an Noten kleinen Betrages, endlich befriedigt war und die aus diesem sozusagen mechanischen Grunde erfolgte Preis senkung der Waren ihr Ende erreicht hatte.

Eine Preis senkung, die übrigens ungeheuer viel größer gewesen wäre, wenn nicht sofort bei Kriegsausbruch das öffentliche Geld ganz und gar von seiner Goldbasis abgelöst worden wäre. Es ist sehr tröstlich für uns, daß wir bisher unsere Banknoten noch mit weit mehr als einem Drittel durch Gold bedeckt haben und alle Aussicht haben, diese günstige Situation durchzuhalten: aber faktisch leben wir in diesem Augenblick in der reinen Papierwährung, ohne eine andere reale Basis als den festen Glauben an die unerschütterliche Kraft und Ehrlichkeit des Deutschen Reiches. Hätten unsere Waren heute Goldpreise, so würden wir erst erkennen, wie tief sie gesunken sind: so aber drückt sich ihr Preis in einem Gelde aus, das selbst im Goldpreise recht niedrig stehen würde, und deshalb ist der Sturz der Warenpreise nicht so auffallend.

Der kolossale Bedarf an öffentlichem Gelde wurde

übrigens im Anfang durch einen „internal drain“ von großer Kraft noch vermehrt. Fast alle deutschen Wirtschaften schagten öffentliches Geld und womöglich etwas „gerettetes“ Hartgeld auf, um „für alle Fälle“ — man machte sich nicht klar, für welche! — gerüstet zu sein. Die Portemonnaie-Reserve schwoll enorm an. Wir ersehen aus dem regelmäßigen Zufluß von neuem Gold an unsere Reichsbankkassen, welche kolossalen Mengen des gelben Metalls sich zu Anfang des Krieges in der Zirkulation verborgen hielten, und dürfen annehmen, daß immer noch bedeutende Mengen vorhanden sind, von denen ein Teil noch allmählich zum Vorschein kommen dürfte.

Wenn diese furchtbare Krisis verhältnismäßig schnell zu einem den Umständen entsprechend erstaunlich guten Zustande der Volkswirtschaft, statt zum totalen Zusammenbruch führte — wir haben heute weniger Arbeitslose als vor einem Jahre — so danken wir das zwei Tatsachen vor allem:

Erstens den Erfolgen unserer Waffen in Ost und West; wir hatten das Glück, daß gerade der erste Kriegsmonat uns berauschende Erfolge brachte. Das verwandelte die doch anfangs mit etwas Bangen gemischte Zuversicht des Volkes in eine triumphierende Siegesgewißheit, und das kam der Volkswirtschaft als Vertrauen in die Zukunft zugute. „Kredit“ heißt ja „Vertrauen“. Unsere Siege hoben den Kredit, brachten den Kreditgeldverkehr und den eigentlichen Kreditver-

kehr wieder einigermaßen in Gang, halfen den Motor der Volkswirtschaft anzukurbeln. Ohne unsere Siege hätte selbst die musterhafte, der Vorbereitung der militärischen Kriegsbereitschaft durch unseren prächtigen Generalstab ebenbürtige, Vorbereitung der finanziellen Kriegsbereitschaft durch den „General-Geldmarschall“ Havenstein und seine Paladine nur einen kleinen Teil ihrer Erfolge erreichen können, trotz aller wundervollen Zucht und Opferfreude, die unser Volk auch hier bewährt hat. Man kann deutsches Blut nicht nach Gold schätzen wie britisches Söldnerblut: aber das ist klar, daß jeder unserer Braven, die bei Lüttich, Namur und St. Quentin ihr Blut versprigten, dem deutschen Vaterlande Hunderttausende von Mark gerettet hat, die sonst verloren gewesen wären. Und dabei denken wir nicht einmal an die „richesse fictive“ des deutschen Kapitalvermögens, dessen Wert bei sieglosem Kampfe um Duzende von Milliarden eingeschrumpft wäre, und im schlimmen Fall sogar auf die Dauer eingeschrumpft wäre, — sondern lediglich an den Wert der Güter, die in diesem Falle nicht hätten entstehen können, weil der Kredit, das Vertrauen, und darum Absatz und Arbeitsgelegenheit gefehlt hätten.

Der zweite Grund, warum diese Kriegskrisis nicht die letzten Schrecken entfaltet hat, die man nach Analogie einer ähnlich schwer auftretenden Friedenskrisis hätte erwarten können, ist der Umstand, daß der Staat in einem bisher in aller Geschichte unerhörten Maße als

Arbeitgeber aufgetreten ist. Er hat den abgerissenen Kreditverkehr der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und -vereinigung wieder angeknüpft, indem er Millionen von A und B mit Arbeit versorgte und dadurch befähigte, für andere Millionen von C bis Z als Abnehmer und Arbeitgeber auf dem Markte zu erscheinen.

Nur der Staat konnte das in großem Maßstabe tun. Denn um den Kreditverkehr zu beleben, den stoßenden Motor der gesellschaftlichen Kooperation anzufurbeln, war eine ökonomische Person erforderlich, die als „letzter Konsument“ mit ungeheurer Nachfrage auf dem Markte auftrat, und zwar mit „wirksamer“ Nachfrage; das heißt, sie mußte die erforderlichen Gegenwerte in Geld oder unbeschränktem Kredit zur Verfügung haben.

All das trifft für den Staat zu. Er ist „letzter Konsument“ in einem Maßstabe, wie das in aller Weltgeschichte noch niemals auch nur annähernd vorgekommen ist. Er nimmt die gigantischen Mengen von Gütern und Diensten nicht aus dem Markte, um sie zur weiteren Produktion oder zum Wiederverkauf zu verwenden: wäre das der Fall gewesen, so hätte er der Volkswirtschaft nicht helfen können, denn ihm hätte, wie jedem Privaten, der Abnehmer gefehlt. Sondern er verbraucht all das für seine eigenen letzten Zwecke, für den, rein wirtschaftlich gesehen, unproduktiven Konsum, für die „rentable Destruktion“ (Effertz) der Kriegsausgaben. Nicht nur, daß er etwa sechs Millionen Männer angestellt hat, um sie durch Marschieren, Schanzen, Schießen und

Verwundetenpflege „Dienste“ leisten zu lassen, für die er sie kleidet, ernährt und besoldet: er beschäftigt außerdem noch andere Millionen daheim für die Herstellung des kolossalen Kriegsbedarfs an Nahrung, Kleidung, Waffen, Munitionen, Zelten, Verbandzeug, Arzneistoff, Transportmitteln, wie Bahnmateral, Schienen, Automobile, Pneumatiks usw. usw.

Diesen gewaltigen „letzten Verzehr“ übte der Staat aus in einem Augenblicke, wo der letzte Verzehr der Privatleute, das eigentliche Schwungrad der gesellschaftlichen Gütererzeugung und Kooperation, stark eingeschrumpft war, weil fast jeder gezwungen war, „sich einzuschränken“; die meisten aus materiellen Gründen, weil sie „kein Geld hatten“, das heißt weil ihr Einkommen gesunken war und sie sich gezwungen sahen, für weiter hinaus vorzusorgen, also ihr kleineres Einkommen auf längere Zeit hinaus zu verteilen; und alle aus ideellen Gründen, weil niemandem der Kopf nach Luxus und Vergnügen steht. Der Staat aber hat in solchen Notzeiten, wo es um die ganze Existenz der Nation geht, so viel Geld wie er irgend braucht, und ist nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, seine wirtschaftliche Voraussicht auf eine kürzere als die normale Zeit zu spannen, das heißt sein Einkommen auf kürzere Zeit hinaus zu verteilen. Er kann die Bedürfnisse der schweren Gegenwart bedecken, indem er die Zukunft belastet.

Der Staat hat so viel Geld wie er braucht. Denn er macht es! Er kann unmittelbar so viel Reichskassen-

scheine drucken lassen und kann mittelbar von der Reichsbank so viel von ihren Noten — die der Staat selbst als öffentliches Geld erklärt hat, das jeder seiner Bürger anzunehmen verpflichtet ist, — erhalten, wie er braucht. Seitdem die Verpflichtung der Reichsbank aufgehoben worden ist, ihre Noten jederzeit mit Gold einzulösen, und seitdem ihr gestattet worden ist, auch Darlehnskassenscheine und Reichswchsel für die Dritteldeckung ihrer Noten zu verwenden, existiert keine gesetzliche Grenze mehr für die Ausgabe von Reichsbanknoten.

Freilich existiert eine ökonomische Grenze, die selbst die Staatsallmacht nicht ungestraft überschreitet. Wenn die Zirkulation mit Noten gesättigt ist und kein Ventil mehr offen steht, durch das der Ueberschuß abströmen kann, muß das Papier sich entwerthen, und der Preis aller anderen Waren steigen. Die Banknote wird zum Assignaten und erhält das kolossalste Goldagio, wenn ihr Tausch gegen Gold überhaupt noch möglich ist.

Das kann aber nur einem Staat geschehen, der keine Steuerkraft und keinen Kredit mehr hat und darum kein Kapital mehr bilden kann.

Der Staat hat drei Wege, um die Güter und Dienste zu erlangen, die er in der Gegenwart braucht. Er kann erstens selbst als Unternehmer auftreten und aus dem Reinertrage seiner Unternehmungen, zum Beispiel von Monopolen, erwerben, was er braucht. Diesen Weg beschreitet der Staat durch Fortführung seiner friedlichen Unternehmungen und im Falle des Sieges durch die

Auflage von Kriegskontributionen und Kriegsentschädigungen, die man als den Ertrag der kriegerischen Unternehmung auffassen kann. Wir wollen dabei bemerken, daß Deutschland und namentlich Preußen in Kriegszeiten bei dem Posten der Friedensunternehmungen sehr schlecht abschneiden; vor allem der Ertrag des Preußischen Eisenbahnmonopols muß um kolossale Summen gesunken sein, obgleich das Reich Preußen für seine Leistungen entschädigt.

Von diesen Einnahmen ist es nicht nötig, des breiteren zu handeln. Dagegen ist wichtig das zweite Einkommen des Staates aus Steuern, Gebühren und Zöllen usw. Kraft seiner Steuerhoheit entzieht er dem Einkommen seiner Bürger bestimmte Anteile, um sie für seine Staatszwecke auszugeben. Durchschauern wir auch hier den Majaschleier der Geldform, so erkennen wir, daß alle Bürger dem Staate einen Teil ihrer Arbeit unentgeltlich abtreten, die einen unmittelbar als Dienste, die anderen mittelbar als Güter.

Hier ist ein erstes Ventil, durch das der Überfluß des in die Zirkulation hineingepumpten Papiergeldes ungefährlich entweichen kann. Der Staat hat den Produzenten, deren Produkte er erwirbt, den Kaufpreis mit seinen Noten bezahlt; diese selben Noten zahlen ihm die sämtlichen Produzenten als Steuer zurück, und er entzieht sie der Zirkulation. Was sich hier vollzogen hat, ist vollkommen klar: der Tausch einer Nutzung aus einer politischen Machtposition (der Steuerhoheit) unmittelbar

gegen Güter und Dienste, vermittelt durch Geld, beides als gleichwertig gemessen an der Geldelle.

Nun hat auch die unmittelbare Belastung der Gegenwart mit den Ausgaben der Gegenwart ihre Grenzen. Die äußerste Grenze ist dort gelegen, wo der Staat das Einkommen seiner Bürger nicht mehr verringern kann, ohne ihre Lebenshaltung geradezu zu bedrohen. Aber bis an diese äußerste Grenze wird kein Staat gehen, solange er nicht dazu durchaus gezwungen ist. Und er ist dazu nicht gezwungen, solange er noch Kredit hat, das heißt Kapital bilden kann.

Wenn er das tut, beschreitet er den dritten Weg: er entnimmt nicht mehr der Gegenwart, sondern der Zukunft, was der Gegenwart dienen soll. Er verkauft einen Teil seiner künftigen Einnahmen, mögen sie nun aus dieser oder jener Quelle stammen, um in der Gegenwart diejenigen Güter und Dienste zu erhalten, deren er für seinen Daseinskampf bedarf.

Wir sind hier an einen Punkt gelangt, wo das Verständnis schwieriger sein dürfte. Es liegt nicht an den Dingen, die an sich klar und einfach sind, sondern an den Meinungen der Menschen über die Dinge. Es gibt kaum einen Begriff des täglichen Lebens, über den so viele Verwirrung besteht, wie über den des Kapitals. Und davon haben wir jetzt zu sprechen.

Was Kapital ist, war im Anfang durchaus klar und einfach. Kapital ist ein Eigentum, das ein jährliches, festes oder unbestimmtes Einkommen, einen Zins oder eine

Dividende, in wissenschaftlicher Zusammenfassung einen „Profit“ abwirft. Dieser klare Sachverhalt wurde erst verschleiert, als man es versuchte, den Profit nicht nur zu erklären, sondern als Gegenleistung einer Leistung zu rechtfertigen. Da kam man auf die unglückliche Idee, Kapital zu identifizieren mit einer bestimmten Summe Geldes oder mit einem bestimmten, wertbestimmten Quantum von „produzierten Produktionsmitteln“. Seitdem ist der Nebel noch tiefer geworden, weil man klar erkannt hat, daß diese Definition nicht paßt, und, wie üblich, die Wahrheit irgendwo auf der mittleren Linie gesucht hat. Kombiniert mit den oft grotesken Anschauungen über Wesen und Natur des Geldes ergab das Vorstellungskomplex von äußerster Verschlungtheit, voller Fallstricke und schwedischer Reiter.

Wie weit die Verwirrung geht, läßt sich am einfachsten daran erkennen, daß in der kaufmännischen Praxis und der Wissenschaft derjenige, der Kapital bildet und anbietet, regelmäßig als einer erscheint, der Kapital nachfragt; — und umgekehrt derjenige, der Kapital nachfragt, als einer erscheint, der es anbietet. Wenn ein Fabrikant, um sein Geschäft zu vergrößern, eine Hypothek aufnimmt oder Obligationen ausgibt, oder wenn eine Gesellschaft neue Aktien emittiert, so sagt man, sie fragen Kapital nach. In der That aber bieten sie rentable Eigentumstitel, das heißt Kapital an, um dafür öffentliches Geld oder Güter nachzufragen. Und umgekehrt, wenn ein glücklicher oder fleißiger Mann eine Summe Geldes

zurückgelegt hat oder in der Lage ist, statt baren Geldes für eine Warenlieferung eine Beteiligung anzunehmen, so sagt man, er habe „Kapital gebildet“, das er jetzt anbiete, während er in der That Kapital, nämlich rentable Eigentumstitel, nachfragt und Geld oder Güter dafür anbietet.

Das muß man sich aufs sorgfältigste klarmachen und vor allem eines nie aus den Augen verlieren, daß Geld niemals „Kapital“ ist. Geld ist „im privatwirtschaftlichen Sinne“ nicht Kapital, das heißt rentabler Eigentumstitel: denn alle Goldschätze Maslars bringen ihrem Besitzer keinen Pfennig Profit, solange er sie nicht ausgibt oder ausleiht. Und Geld ist ebensowenig „im volkswirtschaftlichen Sinne“ Kapital, denn es ist kein „produziertes Produktionsmittel“, an dem man Arbeiter beschäftigen kann. Man kann für Geld alles kaufen, auch Produktionsmittel und rentable Eigentumstitel, aber dann hat man das Geld nicht mehr, sondern das hat dann der Verkäufer.

Erst wenn man das genau verstanden hat, kann man erkennen, daß jeder „Kapital bilden kann“, der es in seiner Macht hat, irgendeine Machtposition abzutreten oder neu zu schaffen, die ein regelmäßiges Einkommen abwirft. Wenn ich einen Teil des regelmäßigen Ertrages abtrete, den mir das Eigentum eines Mietshauses oder Landgutes abwirft, das heißt eine Hypothek aufnehmen, so trete ich einen Teil einer schon bestehenden Machtposition ab. Als die Berliner Polizeibehörde den numerus

clausus der Automobilroschen einführte, schaffte sie eine neue Machtposition, die alle Charakteristika des Kapitals aufwies. Der glückliche Inhaber einer Nummer hatte ein stattliches Extra-Einkommen und war jeden Augenblick in der Lage, diesen rentablen Eigentumstitel für den „Kapitalisierungswert“ von 8000—12 000 Mark zu verkaufen. Hier zeigt sich besonders klar, daß Kapital nichts anderes ist als ein „kapitalisierter Ertrag“, das irgendwie bestimmte Vielfache des Ertrages eines rentablen Eigentumstitels. Vor der einen Tatsache muß alle die phantastische Apologetik verstummen, die alles Kapital zu rechtfertigen versucht als das Ergebnis „sittlicher Enthaltbarkeit“. Kein Zweifel, daß einige Male das Geld, für das Kapital erworben wurde, unter Entbehrungen erspart worden ist: aber Kapital selbst wird niemals erspart.

Nun ist der Staat kraft seiner Hoheit berechtigt, neue Machtpositionen zu schaffen, das heißt neues Kapital zu bilden. Er hat zu dem Zwecke weiter nichts zu tun, als aus den künftigen Erträgen seiner Finanzgebarung einen Teil zu verkaufen. Er gibt rentable Eigentumstitel aus, verkauft eine jährliche Rente, und empfängt dafür Geld oder geldwerte Güter und Dienste, deren er für seine gegenwärtigen Zwecke bedarf. Das ist das zweite Ventil, durch das der Überfluß der in die Zirkulation gepreßten Banknoten harmlos abströmen kann. Der Staat hat die Produzenten, deren Güter und Dienste er gekauft hat, mit seinen Noten bezahlt; diese selben

Noten zahlen ihm die Produzenten als Kaufpreis des rentablen Eigentumstitels zurück, den er ihnen in Gestalt seiner Anleihscheine usw. aushändigt, und er zieht sie aus der Zirkulation zurück. Was sich hier vollzogen hat, ist wieder vollkommen klar: der Tausch einer Nutzung aus einer politischen Machtposition (der Finanzhoheit des Staates) unmittelbar gegen Güter und Dienste, vermittelt durch Geld, das heißt, nachdem beide durch Messung an der Geldelle als gleichwertig befunden sind.

Der Staat hat also auch „Kapital“, soviel wie er braucht, denn er bildet es durch seine Finanzhoheit, ganz wie er Geld hat, soviel er braucht, weil er es dank seiner Münzhoheit drucken und aus beliebigem Stoff prägen lassen kann.

Natürlich hat auch diese Belastung der Zukunft mit den Ausgaben für die Gegenwart ihre Grenzen. Die äußerste Grenze ist dort gelegen, wo der Staat an Steuern und Schuldzinsen so viel vom Einkommen seiner Bürger für sich beansprucht, daß eine weitere Steigerung seiner Ansprüche ihre Lebenshaltung bedroht. Weiter kann man auf die Dauer nicht gehen. Rußland freilich ist zeitweilig weiter gegangen; in einem Raubbau sondergleichen hat es im Dienste eines für das unentwickelte Reich viel zu kostspieligen Imperialismus, den die Raffsucht seiner herrschenden Klasse noch verbbßerte, geradezu das Stammkapital seiner Kraft, den physischen Bestand seiner Bevölkerung, schwer angegriffen und wird das furchtbar zu büßen haben.

Aber bis an diese Grenze wird ein in seiner Existenz bedrohter Staat im Notfall gehen und gehen müssen. Was er durch Steuern nicht erlangen kann, muß er auf dem Wege der Anleihe erlangen.

Es ist wichtig, diese Dinge zu verstehen, weil die Meinung weit verbreitet ist, der Staat könne niemals mehr Kapital bilden, als seine Bevölkerung „ersparen“ könne, soweit er nicht etwa aus den „Ersparnissen“ von Ausländern „Kapital erhalten kann“.

Wir wollen nicht bemängeln, daß sich hier jene merkwürdige Umkehrung des Sachverhaltes ausdrückt, die wir vorhin klargestellt haben. Was gemeint ist, ist, wenn wir uns korrekt ausdrücken, folgendes: der Staat kann in Gestalt von rentablen Titeln so viel Kapital anbieten wie er will; aber es gehört der Kontrahent dazu, der es auch nachfragt, damit das Geschäft zustande komme. Niemand aber kann mehr an Geld oder Gütern respektive Diensten als Gegenwert anbieten, als er von seinem Einkommen ersparen, das heißt dem wirklichen letzten Verzehr entziehen kann. Wenn denn schon nicht das Angebot, so sei doch die Nachfrage des Kapitals durchaus begrenzt durch den Umfang der gesellschaftlichen Gesamtersparnis.

Das ist, cum grano salis, auch ganz richtig. Nur darf man dabei nicht übersehen, daß diese gesellschaftliche Gesamtersparnis erstens durchaus keine feste Größe ist. Sie ist immer Gesamtertrag minus Gesamtverzehr; aber der Staat kann dazu helfen, daß der Gesamtertrag sehr

stark wächst, indem er versiegte produktive Kräfte neu erweckt oder neue ins Leben ruft — und er kann auf der anderen Seite seine Bürger dazu bringen oder zwingen, ihren Verzehr sehr stark einzuschränken, so daß die resultierende Gesamtersparnis und die Möglichkeit, das von ihm angebotene Kapital abzusetzen, von beiden Seiten her sich stark gegen die Norm oder Vorperiode vermehrt. Und zweitens kann der Staat seine Bürger dahin bringen und im Notfall dazu zwingen, daß sie ihre Ersparnisse gerade gegen das von ihm angebotene Kapital eintauschen statt gegen andere sonst zur Anlage von Ersparnissen verwendete Dinge.

Zwingen kann der Staat zu beidem, zur Einschränkung der Lebenshaltung und zum Ankauf seines Kapitals, durch das heroische Mittel der Zwangsanleihe. Wendet er dieses Mittel an, so muß jeder Bürger entweder seine Lebenshaltung einschränken oder andere Anlagen verkaufen oder verpfänden, um den auf ihn fallenden Betrag der Anleihe aufnehmen zu können.

Dieses letzte sehr wenig beliebte und ratsame Mittel kann ein Staat, der noch Kredit hat, dadurch vermeiden, daß er die Sparer durch hohen Zinsfuß und Gewinnaussichten lockt oder, um ganz korrekt zu sein, daß er eine Rente von bestimmter Höhe zu einem ungewöhnlich niederen Preise verkauft, so daß der Erwerber sein „Geld“ nicht nur hoch verzinst erhält, sondern auch noch die Aussicht hat, seinen Anspruch gegen den Staat in besseren Zeiten an einen anderen mit Gewinn wieder zu verkaufen.

Dadurch wirkt der Staat, wenn auch nicht so kräftig, genau wie durch eine Zwangsanleihe. Der Privatmann schränkt seinen Verbrauch ein und legt seine größere Ersparnis weder als Hort (in Bargeld, Schmuck, Seltenheiten) noch in anderem, von Privaten ausgetobenen Kapital an. Dadurch zwingt er anderen Sparsamkeit auf in ihrer Lebenshaltung, weil sie bei teurerem Kredit weniger verdienen, und auch in ihren produktiven Anlagen, weil sie aus Mangel an Kredit ihre Gebäude und Maschinerien usw. nicht so ausgestalten können, wie sie es sonst vielleicht tun würden. Wenn der Staat sehr hohe Zinsen zahlt, wird manches Haus nicht gebaut, weil keine Baugelder zu haben sind, und die Bevölkerung wird notgedrungen schlechter und enger wohnen als bei flüssigem Geldstande; und dann wird auch manche Fabrik nicht gebaut oder erweitert, manches Landgut nicht melioriert werden, und die Bevölkerung wird sich mit der geringeren Menge und Qualität der Güter zu behelfen haben.

Das ist gewiß zu beklagen, und gewiß liegt hier eine noch nähere Grenze für die Kapitalbildung durch den Staat als die äußerste Grenze, die wir oben bezeichnet haben, eine nähere Grenze, die der Staat nicht ungestraft lange und weit wird überschreiten dürfen. Aber nicht davon ist hier die Rede, sondern davon, daß die Kapitalbildung durch den Staat doch ungeheuer viel weiter gesteckte Grenzen hat, als diejenigen annehmen, die die „gesellschaftliche Ersparnis“ als eine fest bestimmte, ein für alle Male gegebene Größe betrachten. Der Staat

kann den Verzehr einschränken und die Nachfrage nach Kapital in seinem Sinne beeinflussen und auf beide Weisen sehr große Mengen von dem von ihm geschaffenen Kapital unterbringen.

Vor allem aber kann er namentlich in Zeiten der Krise den Minuendus des Exempels, den Gesamtertrag an Produkten, ungeheuer stark vermehren, so daß nach Abzug des Subtrahendus, des Verzehrs, eine viel größere „Gesamtersparnis“ übrigbleibt. Wenn er den plötzlich abgerissenen Kreis des Kreditgeldverkehrs durch seine Aufträge wieder zusammenknüpft, wenn es ihm gelingt, womöglich alle Arbeitskräfte ans Werk zu stellen und womöglich alle Arbeitsbehelfe zu ihrer höchsten Leistungsfähigkeit anzuspannen, dann fließt der Gesellschaft ein riesenhaftes Einkommen an Gütern und Diensten zu, das nie entstanden wäre, wenn die Menschen gefeiert und die Maschinen geruht hätten — und aus diesem, durch ihn erst geschaffenen Einkommen kann der Staat einen Teil als Steuer und einen anderen Teil als Kaufpreis für sein Kapital für sich beanspruchen, ohne daß der Verzehr der Volksmasse unter die kritische Grenze sinkt, ja, ohne daß er überhaupt sinkt und ohne daß die Kapitalbildung der Privaten für produktive Zwecke in gefährlicher Weise vermindert werden muß.

„Ersparnis!“ Nehmen wir an, das Reineinkommen der Inhaber der Firma Krupp vermehre sich durch die Aufträge des Staates für Kriegszwecke um 1 Millionen Mark, und das Einkommen ihrer Angestellten und

Arbeiter, die in äußerster Anspannung von Mensch und Maschinerie tätig sind, um ebensoviel. Sie brauchen ihren persönlichen Verzehr nicht im mindesten einzuschränken und können dennoch dem Staate als Steuer und auf Kriegsanleihe die vollen zwei 1 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Was ist — ohne Majaschleier — geschehen? Produktive Kräfte, die sonst nicht in diesem Maße tätig gewesen wären, haben mehr Güter hervorgebracht als sonst in gleicher Zeit. Von diesen Gütern haben die Produzenten einen Teil unentgolten als Steuer, einen anderen Teil entgolten als Gegenwert eingetauschten Kapitals an den Staat geliefert, alles gemessen an der Geldelle und vermittelt durch das Papiergeld, mit dem der Staat sie, und dann sie den Staat bezahlt haben, der nun fähig war, überflüssiges Papiergeld aus der Zirkulation zurückzuziehen.

Jetzt wird man, um das einzuschalten, den guten Sinn des Anleiheverfahrens verstehen, das — der Finanzteil vieler Tagesblätter hat es bewiesen — sogar einigen Finanz-Fachmännern gänzlich unklar geblieben ist, und das den Laien vielfach als eine Art von Schwindel oder Schiebung erschienen ist: die Beleihung von Effekten durch die Kriegsdarlehnklassen zum Zwecke der Zeichnung von Kriegsanleihen. Herr X will aus Patriotismus 10 000 Mark Kriegsanleihe zeichnen, hat aber keine baren Mittel und keinen freien Kredit. Er besitzt aber 20 000 Mark nominal einer guten Aktie. Das ist ein „Kapital“, nämlich der kapitalisierte Anspruch auf die

jährliche Dividende gegen die Aktiengesellschaft. Er verpfändet die Aktien bei der Kriegsdarlehnskasse, das heißt, er tritt einen Teil seines Kapitalanspruchs an diese staatliche Kasse ab und erhält als Gegenwert neugebildetes Kapital des Staates. Er hat im ganzen einmal Kapital nachgefragt und einmal angeboten, sein Gesamtvermögen ist dadurch weder größer noch kleiner geworden, aber für den Staat ist es ein glattes und reelles Geschäft, während Herr K alles Risiko trägt. Der Staat besitzt ein ausreichendes Pfand dafür, daß sein Pfandschuldner der Verpflichtung nachkommen wird, gegen Zahlung der Valuta endgültig sein Gläubiger zu werden. Der Zweck der Operation ist durchaus erreicht, die unfundierte Schuld von 10 000 Mark in Banknoten, die zu Assignaten hätten werden können, in eine fundierte Schuld zu verwandeln. Denn zwar zirkulieren die 10 000 Mark noch weiter, aber jetzt voll gedeckt durch die in den Pfandbesitz des Staates übergegangenen, sehr vorsichtig beliehenen lombardierten Effekten. Und auf ganz dasselbe läuft die auf den ersten Blick noch viel verdächtigere Operation hinaus, Staatsanleihen älterer Emission zu lombardieren, um mit dem Erlöse Kriegsanleihen desselben Staates zu erwerben. Auch hier haftet das Pfand dem Staate dafür, daß der Zeichner binnen der Frist Zahlung leistet oder, wenn auch unter Verlust, einen anderen Zahler stellt (indem er das Effekt veräußert); auch hier ist die unfundierte Banknotenschuld in eine fundierte Schuld verwandelt, und die Zirkulation entlastet.

Es ist übrigens, um auf den Streitfall noch einmal kurz zurückzukommen, durchaus nicht erforderlich, daß die Vorschüsse des Staates auf Effekten aus den „Ersparnissen“ der nächsten Wirtschaftsperiode allein zurückgezahlt werden. Es kann das auch aus älteren Ersparnissen, aus Vermögensbeständen also, geschehen, die nur jetzt nicht erreichbar sind. Deutschland als Gläubigerland hat im Auslande große Guthaben an fälligen Zinsen und Dividenden, auch wohl an fälligen Kaufgeldern (Remessen), die es jetzt infolge der Absperrung nicht hereinbekommen kann. Es hat ferner Kapitalguthaben im Auslande, die es mit Vorteil an Ausländer verkaufen könnte, um dafür Krieganleihe zu erwerben. Sobald die See wieder frei sein wird, werden diese großen Summen eingehen und zur Ablösung der Pfandverpflichtung benutzt werden.

Vor allem aber werden viele zwar aus den „Ersparnissen“ der nächsten Monate ihre Einzahlungen auf diese Anleihe machen, aber sie werden es nur können, weil der Staat durch seine Aufträge ihnen überhaupt erst die Möglichkeit zu einem Einkommen gegeben hat, sei es, daß er sie unmittelbar beschäftigt, sei es, daß er ihre Kunden mit Arbeit und Einkommen versorgt, für die sie nun ihrerseits lohnende Arbeit leisten konnten.

Das also, daß der Staat als Arbeitgeber größten Stils aufgetreten ist, das ist neben den Siegen unserer Braven an der Front die Hauptursache dafür, daß die Krisis dieses furchtbarsten aller Kriege der Weltgeschichte

soviel kürzer und soviel sanfter gewesen ist, als selbst Optimisten, geschweige denn Pessimisten angenommen hatten. Man denke nur an den verstorbenen Pazifisten von Bloch, den Inspirator des „Friedenszaren“ Nikolaus, und seine furchtbare Prognose des finanziellen Zusammenbruchs infolge der ungeheuren Kriegskosten. Auch er vermochte noch nicht durch den Schleier der Maja zu sehen. Er sah nur, was der Krieg an Werten verschlingt: was er dagegen schafft und erspart, sah er nicht, und auch nicht, daß ein kräftiger Staat recht lange von „vorgegessenem Brote“ leben kann.

Wie Rußland den Krieg soll durchhalten können, wenn ihm nicht seine Verbündeten weit über ihre eigenen Kräfte hinaus finanzielle Hilfe leisten, ist nicht abzusehen. Denn das unentwickelte geknebelte Land muß ja fast allen Kriegsbedarf vom Ausland kaufen, und da gilt weder seine Finanz- noch seine Steuerhoheit; da gibt es wohl kaum für den überschuldeten brüchigen Riesen noch Kredit, muß also alles mit hartem Gold bezahlt werden. Länder aber von so hoher Entwicklung wie Deutschland und England können fast unbegrenzte Zeit durchhalten, da sie allen Kriegsbedarf im Inland herstellen können, und da hat es der Staat kraft seiner Hoheit in der Hand, durch Steuer- und Kreditmaßnahmen so viele Arbeitskräfte für die Kriegszwecke — unmittelbare und mittelbare — abzukommandieren, wie er braucht — wenn nur noch genug übrigbleiben, um die unentbehrlichen Friedensbedürfnisse hervorzubringen.

Das aber ist selbst bei 30—40 Millionen Mark täglichen Kriegskosten ein leichtes Spiel, wenn nur dafür gesorgt wird, daß alle produktiven Kräfte des Landes voll tätig sind und daß womöglich neue Quellen produktiver Kraft angeschlagen werden.

Dieses Ziel zu erreichen, dazu hat der Staat notgedrungen und ohne Bewußtsein davon schon durch seinen Kriegsbedarf Ungeheures geleistet, wie wir dargestellt haben. Ein moderner Krieg ist ein so fein verzweigtes, mit so unendlich viel technisch hoch entwickelten Behelfen betriebenes, man ist fast versucht zu sagen: technisch hochkapitalistisches Unternehmen, daß er außer der ungeheuren Anzahl unmittelbar beteiligter Krieger die Arbeiter der verschiedensten Zweige der Produktion in Tätigkeit setzt, und zwar vielfach in gesteigerte und; zum Beispiel durch Fortfall von Reklamekosten — verbilligte Tätigkeit, unter verstärkter Ausnutzung der vorhandenen produktiven Kräfte. Dadurch sind so viele A und B an die Arbeit gestellt worden, daß die meisten aus der Reihe von C bis Z gleichfalls wieder arbeiten und kaufen konnten. Der Motor der Volkswirtschaft war angefurbelt und rotierte, wenn auch mit Knacken und Knirschen und noch nicht mit voller Kraft.

Aber das Mittel war gewiesen, um, wenn auch nicht alles, so doch viel mehr noch zu erreichen. Warum sollte der Staat nicht noch mehr tun können?

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges überreichte ich dem Reichsamt des Innern eine Denkschrift: „Organi-

sierung der Wirtschaft". Sie wurde erst von den national-ökonomischen Autoritäten der Berliner Universität und dann von einem Gremium unserer ersten Finanzmänner und Industriellen geprüft und genehmigt. Vielleicht hat sie ein wenig dazu mitgewirkt, daß der Staat, das heißt das Reich, die Einzelstaaten, Kommunen usw. sich dazu entschlossen haben, durch großartige Aufträge für Friedenszwecke auch diejenigen produktiven Kräfte von Mensch und Maschine in Tätigkeit zu setzen, die die Aufträge für Kriegszwecke noch hatten brach liegen lassen. Man weiß, welche ungeheuren Summen seitdem vor allem Preußen, aber auch die übrigen Staaten, nicht nur aus alten Krediten für die eher noch beschleunigte Fortführung schon beschlossener Anlagen und Bauten bereitgestellt, sondern auch aus neuen Krediten für neue Zwecke angefordert und erhalten haben. Alles in allem werden zwischen zwei und drei Milliarden Mark für solche Zwecke heute zur Verfügung stehen.

Es heißt in der Denkschrift:

„Mag der Krieg auch sehr lange dauern, was das Schicksal verhüten möge; es kommt doch einmal wieder Frieden! Und dann wird die vornehmste Staatsaufgabe sein, die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen. Je breiter und sicherer das Fundament der Wirtschaft dann liegt, um so schneller wird die Erholung sich vollziehen. Dieses Fundament soll jetzt verbreitert und gesichert werden. Wir haben im Frieden den Krieg vorbereitet; jetzt

haben wir die Aufgabe, im Kriege den Frieden vorzubereiten.

„Um so mehr, als uns diese Vorbereitung dazu helfen kann, die Lasten des Krieges unvergleichlich leichter zu ertragen, die Volkswirtschaft tragfähiger und den Staat widerstandsfähiger zu machen. Sollte der Krieg sich lange hinziehen, so wird der Staat der Sieger sein, der seine Wirtschaft am kräftigsten erhalten hat und deshalb mit unerschüttertem Kredit dasteht, wenn die anderen sich finanziell verblutet haben. Heute ist ja alles umgekehrt, was bisher galt. Und darum gilt in dieser schweren Stunde das Wort: *qui vult bellum, para pacem!*“

„Was wir jetzt brauchen, was wir leider hastig improvisieren müssen, was aber in jeder künftigen Friedenszeit gleichberechtigt neben dem militärischen Generalstab zur Organisation der Kriegsarbeit stehen wird, ist ein volkswirtschaftlicher Generalstab zur Organisation der Friedensarbeit im Kriege! Wir können unseren Produktionsmechanismus, solange der Krieg währt, durch keine Nachfrage seitens der privaten Kundschaft in Gang setzen. Das aber bedeutet ungeheure Verluste am Volkswohlstand. Denn jeder Arbeiter, der feiert, jede Maschine, die stillsteht, jeder Hochofen, der ausgeblasen wird, jedes Bergwerk, das ruht, hört auf, Wert zu erzeugen, aber sie fahren fort, zu kosten. Auch arbeitslose Arbeiter müssen essen und wohnen, auch in stillstehenden Bergwerken muß die Wasserhaltung fortgehen usw. Wie

sollen wir dieses ungeheure *lucrum cessans* neben dem ebenso ungeheuren *damnum emergens*, den unmittelbaren, wirtschaftlich doch unproduktiven Kriegskosten, tragen? So stark vermehrte Ausgaben bei so stark verminderten Einnahmen, das ist auf die Dauer der Ruin, und das heißt die Niederlage, wenn der Gegner es nur ein wenig länger aushalten kann als wir selbst.

„Darum: Staatsaufträge für Friedenszwecke! In den technischen Büros unserer Reichsämter und Staatsministerien, in den Amtsstuben der Provinzen, Kreise und Kommunen liegen große Pläne zur Ausführung fertig vorbereitet. Chaussees sind geplant, Kanäle, Talsperren, Hauptstrecken und Sekundärbahnen, städtische Straßenbahnen, Kanalisationsanlagen, Gas- und Elektrizitätswerke, Hochbauten aller Art, Rathäuser und Bahnhöfe, Kraftwerke und Erschließung neuer Schachte. Auf den Staatsdomänen sind Meliorationen geplant, Drainage und Bewässerung; Sumpfstrecken sind trocken zu legen, die deutschen Moore sind in Kultur zu bringen. Heraus mit den Plänen, heran an die Arbeit! Das bedeutet Arbeit und Lohn für Hunderttausende von Männern, die nicht im Felde stehen und heute der Not ins Auge blicken müssen, das bedeutet Aufträge für Ziegeleien, Betonfabriken, Steinbrüche, Eisenwerke, Maschinenfabriken, Schienenwerke, Röhrenwerke, Elektrizitätswerke, bedeutet Arbeit und Brot für neue Zehntausende, Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten. Weiter: unsere Staatsbahnverwaltung hat

einen jährlichen Neubedarf von Zehntausenden von Güter- und Personenwagen, von Tausenden von Lokomotiven, von ungeheuren Massen von Schienen und Schwellen, Schrauben und Laschen usw. Warum damit warten, bis der Frieden kommt, der ausgehungerte Verkehr mit kataraktartiger Gewalt einsetzt, und dann achselzuckend eingestehen, daß man nicht genügend rollendes Material habe? Heraus mit den Aufträgen an die Waggon-, an die Lokomotivfabriken, an die Schienenwerke, an die Schraubenfabriken! Den Bedarf der Großkonjunktur voraussehen und vorausdecken, die der Frieden bringen wird, bringen muß, wenn die Kulturwelt nicht ganz in eine Wüste verwandelt ist — und dann mögen auch diese Werte noch mit in den Abgrund sinken. Dann ist ohnehin alles gleich!

„Aber das darf und wird nicht geschehen. Wie wir heute fechten, als wenn wir gar nicht anders als siegen können, so müssen wir heute die Wirtschaft organisieren, als wenn wir der Zeit des größten Wohlstandes mit aller Sicherheit entgegengehen!

„Hunderttausende, vielleicht Millionen von Arbeitern kann der Staat mit seinen Untergliedern sofort unmittelbar an die Arbeit stellen oder mittelbar durch seine Aufträge beschäftigen. Und das bedeutet für weitere Millionen von Staatsbürgern Arbeit, Verdienst, Erlösung aus der Not der Zeit. Wo die große Masse in Arbeit und Lohn steht, haben alle Gewerbe zu tun, die ihre Lebensbedürfnisse erzeugen, nicht nur Bäcker, Schlächter, Brauer

und Müller, sondern auch die Textilindustrie, die Lederindustrie und unzählige andere. Was der Staat an Nachfrage schafft, vervielfältigt sich nach den Gesetzen der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung, wie ein Schall in einem Gewölbe unendlich widerhallt, wie ein Lichtstrahl aus unzähligen Spiegeln unzählige Male zurückgeworfen wird. Die staatliche Nachfrage schafft private Nachfrage im vielfachen Ausmaß ihrer selbst, und das bedeutet das Wiedererwachen der Produktion und des Tauschverkehrs, auch in bescheidenen Grenzen des Kreditgeldverkehrs; die gelähmte Wirtschaft gewinnt den Gebrauch ihrer Kräfte zurück! Sie wird mit halber, vielleicht mit Viertelkraft arbeiten, aber sie wird arbeiten . . .

„Das ist mein Vorschlag. Wem er allzu paradox erscheint, der denke an die paradoxe Tatsache, daß man ein wankendes Gewölbe am sichersten dadurch festigt, daß man es belastet! . . .

„Die Arbeit wäre sofort mit aller Kraft, an allen Stellen zugleich, soweit die Verhältnisse der Zufuhr das gestatten, mit soviel Arbeitern wie irgend beschäftigt werden können, in Angriff zu nehmen. Kanäle zum Beispiel — wir denken an den bereits begonnenen Nord-Süd-Kanal, die Fortsetzung des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin, und vielleicht an den Mittelland-Kanal, wenn dessen Pläne vorliegen — sofort, wenn möglich, an allen Abschnitten; Hochbauten auf allen Flügeln, die Moorkultur in größter möglicher Ausdehnung, ebenso das Kraftwerk

des Walchensees, die Elektrifizierung der bayerischen Staatsbahn und der Berliner Stadtbahn; der Bahnhof Friedrichstraße sollte mit aller Macht gefördert werden; wenn das Projekt der Zusammenlegung von Potsdamer und Anhalter Bahnhof hinter den Landwehrkanal reif ist, sollte es in Angriff genommen werden, das Sekundärbahnnetz ausgebaut werden usw. usw.

„Das Ziel sollte sein, unmittelbar und mittelbar so viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen, daß womöglich alle arbeitsfähigen Nicht-Wehrpflichtigen beider Geschlechter ins Brot kommen. Dieses Ziel wird wahrscheinlich nicht ganz erreichbar sein — aber man kann ihm nahekommen, die Wohltätigkeit ungeheuer entlasten, die heute schon zusammenzubrechen droht, Zufriedenheit verbreiten und vielleicht gefährliche Spannungen vermeiden, die deutsche Volkswirtschaft bis zum Frieden wenigstens über Wasser halten.

„Wir stehen im Kampf mit aller Welt wie zur Zeit des Siebenjährigen Krieges. Da sollten wir uns freudig erinnern, daß Friedrich der Einzige nicht nur ein Kriegsfürst sondergleichen war, sondern auch ein Organisator seiner Volkswirtschaft von unerhörter Kraft und Weisheit. Wir hoffen, im Felde nach friderizianischer Weise zu siegen — es wird der höchste Ruhm des Siegers sein, wenn er zugleich in der Heimat nach friderizianischer Weise gebaut und geschafft hat, wenn er mitten im Kriege den Frieden vorbereitet hat.“

Ernste Einwände sind gegen den Vorschlag nicht er-

hoben worden. Hier und da wurde das Bedenken geäußert, das Reich werde in eine Assignatenwirtschaft hineintreiben; aber man mußte zugeben, daß diese Gefahr auch schon bestehe, wenn es sich ganz auf die Ausgaben für Kriegszwecke beschränke und daß mäßige Aufwendungen für Friedenszwecke die Gefahr eher mildern als verstärken würden.

Ein jüngerer Fachmann bemängelte ferner in einem Aufsatz meine Auffassung, daß das Reich so viel Kapital bilden könne wie es brauche. Er ging von der verkehrten Ersparnistheorie aus — meine Antwort ist oben gegeben.

Jedenfalls haben Reich und Einzelstaaten wie Kommunen sich durch diese schwachen Einwände nicht bezirren lassen, den Weg zu beschreiten, den das richtige Verständnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ihnen empfahl. Vielleicht hätten sie hier und da ihren gutberatenen Willen noch schneller und kraftvoller in die Tat umsetzen können; was aber geschehen ist, hat stark dazu geholfen, die Krisis zu sanftigen und das Stadium der Anpassung, der „Kompensation“ herbeizuführen, in dem wir uns in diesem Augenblick befinden.

---

## Zweites Kapitel: Anpassung

Es gibt eine gewisse Schule von Pseudo-Malthusianern, die die schwersten Erscheinungen einer „Übervölkerung“ für den Fall befürchten, daß ein großes Industrieland plötzlich infolge politischer Verwicklungen einen bedeutenden Theil seines Außenhandels einbüßt. Als ich mein Buch über die verschiedenen Bevölkerungstheorien schrieb, hatte ich mich auch mit dieser Art abzufinden und versuchte, sie durch ein Gedankenexperiment zu widerlegen. Ich wählte dasjenige Land aus, das durch ein solches Ereignis am schwersten betroffen werden mußte: Großbritannien, ein Land, das nicht nur in der industriellen Entwicklung am weitesten vorgeschritten ist, sondern das sich überdies viel waghalsiger auf die Basis des Export-Industrialismus gestellt hat als irgendein anderes. Es hat bekanntlich von allen Westländern die böseste Agrarverfassung, ein Großgrundeigentum von verderblicher Ausdehnung im ganzen und Massenhaftigkeit im einzelnen, hat ihm zuliebe seine Landwirtschaft schwer verfallen

lassen und ist infolgedessen gezwungen, fast alles Brotkorn und den größten Teil der Fleischnahrung einzuführen, die seine Bevölkerung verzehrt, — in sehr ungünstigem Gegensatz zu unserem Deutschland, das, dank einer besseren Agrarverfassung mit überwiegendem Bauernbesitz, seine Landwirtschaft fast ebenso schnell entfaltet hat wie sein Gewerbe und darum heute noch imstande ist, seine Bevölkerung, wenn auch nur notdürftig, ohne Importe von Nahrungsmitteln zu ernähren.

Diese in verderblicher Einseitigkeit entwickelte Volkswirtschaft untersuchte ich in dem Gedankenexperiment eines extremen Grenzfalls. Ich nahm an, eine Phäakenmauer erhebe sich auf das Geheiß des erzürnten Poseidon aus dem Meere und sperre das Inselreich hermetisch von aller Welt ab, so daß es in einer einzigen Nacht und noch dazu zur ungünstigsten Zeit des Jahres, kurz vor der Ernte, seinen gesamten Außenhandel, Export wie Import, alle seine Außenstände im Auslande und seine gesamte Vermittlungstätigkeit im Waren-, Fracht-, Geld- und Kapitalhandel unwiederbringlich verliere.

Trotzdem würde, so versuchte ich zu zeigen, selbst eine so ungeheure Katastrophe nicht notwendig eine Hungersnot und das Aussterben großer Teile der Bevölkerung nach sich ziehen müssen. Die Anpassung des Wirtschaftskörpers an die neue Lage werde sofort einsetzen. Möglicherweise aus seiner Stellung als Organ, und zwar als „Stadt“ des Weltwirtschaftskreises herausgeschleudert, werde das Land sich sofort zu einer „autarkischen“, sich selbst ge-

nügenden Volkswirtschaft umwandeln. Zunächst werde das Volk von seinen großen Reserven an Fleisch (Pferde, Rinder, Wild usw.) und Fischen leben können, und die öffentliche Gewalt werde selbstverständlich gegenüber einer solchen allgemeinen Notlage dafür sorgen, daß die vorhandenen Rationen gleichmäßig genug verteilt würden, um alle über Wasser zu halten. Und dann werde binnen kürzester Zeit die gewaltige „Selbststeuerung der Wirtschaft“, der Preis, dafür sorgen, daß die Produktion von Lebensmitteln ungeheuer wachse. Denn diese ständen hoch im Preise und versprächen, lange Zeit hoch zu stehen, während Gewerbsprodukte tief ständen oder unverkäuflich seien: unter solchen Umständen werde sich Arbeit und Kapital auf die Urproduktion stürzen, sie mit allen Hilfsmitteln der Technik befruchten, und nach kurzer Zeit schon werde das neue Gleichgewicht erreicht sein.

Als ich das schrieb, glaubte ich nicht, jemals meine theoretische Rechnung durch die Erfahrung bestätigt zu sehen. Und doch haben wir ganz das gleiche in den letzten Monaten erlebt. Deutschland, ein Industrie- und Exportgebiet allerersten Ranges, ist tatsächlich in einer einzigen Nacht völlig vom Seehandel und fast völlig vom Außenhandel abgesperrt worden; es ist tatsächlich gezwungen gewesen, sich rückhaft aus der „Stadt“ einer Weltwirtschaft in eine autarkische Volkswirtschaft umzuwandeln: und es hat diese Anpassung in kürzester Zeit vollzogen.

Allerdings befand es sich dabei nicht ganz in der schlimmen Situation wie Großbritannien in jenem Gedankenexperiment, weil es sich eben um ein Land mit zum Glück hoch entfalteter Landwirtschaft handelt, dessen Bedarf an Brotkorn und Fleisch noch zu zirka 95 Prozent durch seine eigene heimische Erzeugung gedeckt war, freilich die Fleischerzeugung in diesem Umfang nur unter der Voraussetzung eines kolossalen Importes von Futtermitteln (1913 belief er sich auf fast eine Milliarde Mark); aber selbst dieses Defizit ist offenbar leichter durch Mehrezeugung zu decken als das riesenhafte britische Defizit des Gedankenexperiments.

Dafür liegen die Dinge aber für die deutsche Volkswirtschaft der Wirklichkeit von 1914 aus zwei Gründen ungünstiger als für die britische Volkswirtschaft der theoretischen Rechnung von 1900. Erstens hat Deutschland außer der Anpassung an seine Isolierung auch noch die Anpassung an den Kriegszustand zu leisten. Das heißt: es hat nicht nur seine gesamte Produktion und Distribution so umzudisponieren, daß alle durch den Verlust der Exportgewerbe, des Exporthandels und der Luxusgewerbe freigesetzten Arbeitskräfte und Kapitale in solchen Zweigen beschäftigt werden, die die jetzt fehlenden Güter des früheren Imports erzeugen oder ersetzen, sondern es hat auch noch außerdem eine ungeheure Zahl von Männern für die unmittelbaren Kriegszwecke als Soldaten und Hilfspersonal, — und kaum weniger Arbeitskräfte für mittelbare Kriegszwecke, für den Bedarf

des Heeres an Waffen, Munition, Kleidung usw. abzukommandieren, hat also die Anpassung an den neuen Zustand mit stark vermindertem Bestande an Menschen und Produktionsmitteln zu vollziehen.

Der zweite Grund, warum das Deutschland der Wirklichkeit es schwerer hat als das Großbritannien der Phantasie, ist der, daß hier der Zustand als ein dauernder, unwiderruflicher angenommen wurde, während es sich bei uns um einen Ausnahmezustand handelt, dessen Dauer unbestimmbar ist, aber unmöglich sehr hoch geschätzt werden kann. Dieser an sich glückliche und hoffnungsvolle Umstand lähmt natürlich mehr oder weniger den Faktor, auf den jene Selbststeuerung der Marktwirtschaft, der Preis, zunächst einwirken muß, um die Umlagerung der Produktion zu erreichen. Solche Umlagerung im großen Stil fordert starke Kapitalinvestitionen. Aber auf der einen Seite können sich die Exportinteressenten und ihre Schicksalsgenossen nicht entschließen, ihr Kapital aus ihrem bisherigen Verwendungsbereich herauszuziehen, weil sie von jedem Augenblick die Lösung der Sperre erwarten — und auf der anderen Seite können sich die heute durch sehr hohe Preise begünstigten Produzenten, zum Beispiel die Landwirte, nicht entschließen, große Kapitalanlagen zu wagen, weil sie fürchten müssen, daß mit dem Friedensschlusse der Import wieder einsetzt und die Preise wieder sinken, ehe das neue Kapital Zeit gehabt hat, sich lohnend zu verzinsen und gleichzeitig zu amortisieren.

Hierin, weil alle privatwirtschaftliche Aktion in der Unsicherheit der politischen und strategischen Lage dieser Zeit ein Element waghaltiger Spekulation einschließt, erblicke ich die Hauptursache dafür, daß die Anpassung noch nicht vollkommen geglückt ist und wohl auch nicht vollkommen glücken wird.

Trotzdem ist in kürzester Zeit Erstaunliches geleistet worden, jedenfalls so viel, daß die Volkswirtschaft ihre neuen Aufgaben leidlich erfüllen wird, solange der Krieg auch dauern möge. Niemand wird hungern müssen; die öffentliche Wohltätigkeit wird sich vor keiner unerfüllbaren Aufgabe sehen — natürlich immer unter der Voraussetzung, daß der Krieg nicht große Teile unseres eigenen Landes ergreift. Aber diese Voraussetzung ist uns heute ja wohl erlaubt.

Die Anpassung hat sich vollzogen erstens unter dem Einfluß der Selbststeuerung durch den Preis. Wo der Preis sank, wurde die Produktion nach Möglichkeit eingeeengt — soweit nicht die Hoffnung auf baldige Wiederbelebung gegenwirkte —, wo der Preis stieg oder sich auch nur hielt, wurde die Produktion aufrechterhalten und nach Möglichkeit ausgedehnt.

Wirkt hier der gesellschaftliche Kollektivwille sozusagen automatisch, durch Druck auf die wirtschaftliche Entscheidung aller einzelnen, so geht nebenher die wirtschaftliche Handlung durch den organisierten Kollektivwillen; und zwar konkurrieren hier der „Staat“, das heißt bei uns Reich, Einzelstaaten, Provinzen, Kreise, Amts-

und Gutsbezirke und Gemeinden, die öffentlich-rechtlichen Organisationen des gemeinen Nutzens, mit den privaten Organisationen aller Art, mit den Kapitalverbänden, Kapitalistenvereinigungen, Gewerkschaften und Genossenschaften, und den unmittelbar dem gemeinen Nutzen dienenden privaten Organisationen, vom Roten Kreuz bis zum Vaterländischen Frauenverein, von den Vereinen für private Fürsorge bis zu den Vereinen gegen Verarmung und Bettelerei. Der „Staat“ hat sehr kräftig, vielleicht hier und da zu kräftig, und hier und da nicht kräftig genug, in das Getriebe der automatischen Selbststeuerung eingegriffen, mit Gesetzen und Verordnungen aller Art, mit Aufträgen und Unterstützungen; und was die privaten Organisationen geleistet haben, wird einmal in der geschichtlichen Darstellung dieses Riesenkrieges ein besonders reizvolles und glorreiches Kapitel ausmachen. Ohne unsere Unternehmerverbände, die ihre Mitglieder durch Rat und Tat zu schnellster Umdisposition und Anpassung veranlaßt haben, ohne unsere Gewerkschaften mit ihren stattlichen Reserven, die im Moment der Krisis die ärgsten Spitzen der Arbeitslosigkeit abstumpfen konnten, ohne unsere soziale Fürsorge sähe es schlimmer aus im Lande.

Machen wir uns nun klar, welche Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges gestellt sind, wie sie sie schon gelöst hat und weiterhin lösen wird. Um uns nicht durch den Majaschleier blenden zu lassen, die Gelbdrucke, die alle Tausche begleiten, werden wir

uns wieder überall der „Naturalbetrachtung“ der Wirtschaft bedienen.

Zwei Aufgaben hat jede Volkswirtschaft, die der Produktion und die der Distribution. Sie hat die Güter und Dienste herzustellen, deren alle einzelnen bedürfen, und hat diesen Vorrat so zu verteilen, daß jeder entsprechend seiner Leistung Gegenleistung erhält, und zwar in denjenigen Wertdingen, deren er bedarf, um seine Bedürfnisse möglichst vollkommen zu bedecken.

Die Aufgabe der Produktion erschöpft sich in zwei großen Teilaufgaben: es müssen erstens alle „letzten“ Güter und Dienste produziert werden, die dem wirklichen Verzehr verfallen, und zweitens alle diejenigen Produkte, die der Herstellung dieser letzten Güter dienen, die Werkzeuge: Rohstoffe, Hilfsstoffe und Werkzeuge (Maschinen), das sogenannte „volkswirtschaftliche Kapital“. Und zwar muß eine Volkswirtschaft grundsätzlich so funktionieren, daß ihre Vorräte an Werkgeütern aller Art immer mindestens durch Ersatz allen Verschleißes auf ihrem Bestande erhalten werden; sonst treibt sie Raubbau, lebt vom Kapital und muß das zuletzt an der Versorgung mit letzten Gütern büßen. In schweren Kriegszeiten liegen hier sehr starke Reserven. Im allerschlimmsten Falle kann eine Nation auch einmal vom Kapital leben — einige Zeit lang.

Was die Güter und Dienste des letzten Verzehres anlangt, so braucht die Anpassung im Notfall nicht weiter zu gehen als bis zur Sicherung der Befriedigungsmittel

der Notdurft, während die des Komforts und gar des Luxus stark eingeschränkt werden können, ohne daß anderer Schaden geschieht, als daß die Produzenten dieser Produkte leiden. Man muß sie auf anderen Erwerb abschieben oder schlimmstenfalls ernähren.

Von den drei Hauptbedürfnissen der Notdurft: Nahrung, Kleidung und Behausung samt Beleuchtung und Beheizung ist nur das erste ernsthaftes Problem. Unser Volk ist durchschnittlich so ausreichend mit Kleidung, Wäsche und Schuhzeug versorgt, daß es einige Zeit hindurch auch ohne viel Beschaffung von neuen Stücken auslangen kann. Auch die Behausung ist ausreichend — wir sprechen hier nur von Gütern der Notdurft, nicht des Behagens, und es steht hier nicht in Frage, ob nicht vom Standpunkt des Behagens aus eine beträchtliche Besserung der durchschnittlichen Versorgung mit Wohnung und Kleidung wünschenswert ist. Heizmaterial produziert Deutschland in Fülle, Holz, Torf, Braun- und Steinkohlen; in der Beleuchtungsfrage leiden wir in unerfreulicher Weise an dem Petroleummangel: aber die Anpassung durch Einführung von Gas, elektrischem Licht usw. schreitet schnell voran und würde keinerlei Schwierigkeiten machen, wenn nicht alle Welt auf die Wiedereinfuhr von Petroleum wartete. Spiritus als Ersatzmittel kann vorläufig, so lange Kartoffeln sehr teuer und als Nahrung kaum entbehrlich sind, kaum in Betracht kommen.

Was nun die Nahrung anlangt, so hat Deutschland, wie bereits erwähnt, in dem letzten Jahre zirka 95 Prozent

sowohl des von ihm verbrauchten Brotkorns, wie auch seiner Fleischnahrung selbst erzeugt. Aber ein Teil dieser Produktion war „Veredelungsgewerbe“, vor allem unsere enorme Schweinezucht; ein Viertel bis ein Drittel unseres Schweinefleisches ist aus importierten Futtermitteln angemästet. Ferner beruht ein kolossaler Teil unserer Erzeugnisse an Milch und Milchprodukten auf der Zufuhr fremdländischer, namentlich fetthaltiger Futterstoffe, unter denen das Baumwollsaatmehl eine große Rolle spielt. Veredelungsgewerbe ist auch ein Teil unseres Ackerbaues; unsere Durchschnittsernte an Körnerfrüchten, Kartoffeln usw. wäre wesentlich geringer ohne die reichliche Verwendung auswärtiger Düngstoffe, vor allem des Chilisalpeters, aber auch gewisser Phosphate. Ferner importieren wir sehr große Mengen von Fetten für menschliche Nahrung (Schweineschmalz, Butter und Butterschmalz usw.), von Eiern, Geflügel und Obst und tropischen Produkten: Reis, Kaffee, Tee, Kakao usw.

Wenn wir ohne alle diese Importe und ohne Veränderung unserer Wirtschaftsrichtung längere Zeit sollten auslangen müssen, würden wir in Verlegenheit kommen können. Das wird nicht, sicher nicht in bedrohlichem Maße nötig sein. Davon sofort. Aber jedenfalls sind wir gezwungen, sofort eine Anpassung in unseren Verzehrsgewohnheiten vorzunehmen. Wir haben ein starkes Defizit an Weizen, einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuß von Roggen. Wir müssen daher auf einen Teil des

Weizenbrotes, namentlich des ganz feinen, aus Auszugmehl hergestellten, verzichten und dafür mehr Mischbrot und reines Roggenbrot essen. Die Selbststeuerung durch die Preisbildung hätte wahrscheinlich schnell und kräftig genug die notwendige Anpassung vollzogen; aber die Behörden haben leider, allzu nachgiebig gegen eine populäre Strömung, durch die Einführung von Höchstpreisen die Selbststeuerung gelähmt, trotz aller Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte und aller Warnungen der Theorie seit Adam Smith. Man hat zwar versucht, durch eindringende Aufklärung die Bevölkerung zu allgemeiner Sparsamkeit zu bewegen, und hat durch viele Befehle und Verbote diese Sparsamkeit zu erzwingen versucht: Befehle über das Mindestmaß der Ausmahlung von Brotkorn, über die „Streckung“ von Weizenmehl durch Roggenmehl, und von Roggenmehl durch Kartoffelmehl, Verbote, Roggenschrot an das Vieh zu verfüttern, Weizenbrötchen nachts zu baden usw. Aber alle diese halben Maßregeln haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt und hätten ihn auch dann nicht gehabt, wenn sie im einzelnen zweckmäßiger gewesen wären, als sie vielfach in der That waren.

Hier waren nur ganze Maßnahmen gestattet, und deren gab es nur zwei: entweder völlige Freigabe der Preisbildung, um „durch die Leuerung der Hungersnot vorzubeugen“, oder das Getreide- und Mehlmonopol. Die erste Alternative hätte leicht spekulative Ausschreitungen und starke Erregung bringen können, und so ist

es nur zu billigen, daß die Regierung sich zur zweiten Alternative entschloß, obgleich auch diese nur ein kleineres Übel ist, das große technische Schwierigkeiten und ökonomische Unzuträglichkeiten mit sich bringt. Die Verordnung kam reichlich spät. Das deutsche Volk hat während des ersten Kriegshalbjahres wie ein reicher Mann sorglos gelebt und wird daher im zweiten den Schmachtriemen etwas enger schnallen müssen. Aber sie kam doch noch nicht zu spät! Wir werden auslangen, obgleich die Ernte an Brotkorn und Kartoffeln geringer ist als die des Vorjahres. Wir werden weniger Brot und mehr Kartoffeln verzehren, werden mehr Gerste in Gestalt von Gerstemehl und Graupen essen als sonst, werden weniger Gerste in Bier und weniger Korn und Kartoffeln in Branntwein verwandeln<sup>1)</sup>, und vor allem haben wir in unserem bisherigen Zuckerüberschuß eine gewaltige Reserve. Wir haben etwa fünf Viertelmillionen Tonnen Reinzucker jährlich exportiert, das Äquivalent an Nährwert von 625 000 Tonnen (12 $\frac{1}{2}$  Millionen Zentner!) guter Butter.

Dauert der Krieg nicht allzulange, so haben wir eine zweite kolossale Reserve in unserem Vieh, namentlich in unserem Schweinebestand, der sich seit dem Vorjahr um nicht weniger als ein Sechstel vermehrt hat. Da wir das Defizit an Futtermitteln unmöglich so schnell decken können, müssen wir denjenigen Teil einschlachten, der

---

<sup>1)</sup> Wir haben 1912 rund eine Million Tonnen Gerste verbraucht und 1912/1913 rund 2 730 000 Tonnen Kartoffeln und 360 000 Tonnen Getreide zu Branntwein verbrannt.

das Erzeugnis jenes „Veredelungsgewerbes“ ist. Das würde uns außer dem Fleisch große Mengen von Fett liefern, das wir ganz besonders gut gebrauchen können. Die Reduktion des Schweinebestandes um ein Viertel bis ein Drittel würde einen Minderverbrauch an Futter von zweieinhalb bis dreieinhalb Millionen Tonnen Korn-Äquivalent ermöglichen, und damit wäre das Futterdefizit zum allergrößten Teile beseitigt. Da das Rind im Gegensatz zu dem mit Kartoffeln und Schrot gemästeten Schwein im allgemeinen nur solche Pflanzen erhält, die für menschliche Ernährung nicht in Betracht kommen, könnten wir unseren Rinderbestand einigermaßen durchhalten, freilich unter sehr empfindlichem Rückgang der Milchproduktion mangels fetthaltiger Futtermittel. Da der Konsum von Frischmilch kaum stark eingeschränkt werden kann, werden wir mit einer Butternot zu rechnen haben — wenn uns nicht dänische und holländische Einfuhr zu Hilfe kommen.

Wenn wir den Übervorrat an Schweinefleisch zum großen Teile in Dauerware verwandeln, sind wir nicht nur für das laufende, sondern auch für das nächste Jahr mit Fleisch ausreichend versorgt — übrigens ist eine Herabminderung dieses Konsums, der in Deutschland sehr stark ist, physiologisch unbedenklich, vielleicht sogar wünschenswert. Sollte der Krieg und die Absperrung freilich länger als zwei Jahre dauern, dann würden wir vom dritten Jahre an mit einer empfindlichen Verminderung unserer Fleischversorgung zu rechnen haben

— unter der Voraussetzung, daß bis dahin die Anpassung nicht so weit gediehen wäre, um unsere eigene Futtererzeugung entsprechend zu vermehren, was durchaus und unschwer möglich ist. Selbst in jenem schlimmsten Falle wäre aber das Ergebnis für die Volksernährung durchaus nicht so schlimm wie es aussieht. Es gehen nämlich bei der Umwandlung von Pflanzen in Schweinefleisch wenigstens fünfzig Prozent der Nährwert-einheiten verloren: diese enorme Masse wird uns jedenfalls gerettet sein.

Nun ist aber erstens nicht zu erwarten, daß der Krieg in dieser Ausdehnung viele Jahre lang dauern wird. Die Staaten würden sich derart mit Schulden belasten, daß sie nicht mehr aufrecht stehen könnten. Ferner ist es sehr unwahrscheinlich, daß man Deutschland auf die Dauer von allen Zufuhren absperren kann. Man müßte auch die an uns grenzenden Neutralen absperren, und das ruiniert auf die Dauer unsere Gegner selbst — Agypten zum Beispiel geht zugrunde, wenn es seine Baumwolle und sein Baumwollensaatmehl nicht verkaufen kann, und Rußland wird sein Korn verkaufen müssen, wenn es Waffen und Verbandstoffe soll kaufen können —; und ferner werden es sich die Neutralen nicht lange gefallen lassen. Man darf nicht vergessen, daß zu ihnen die Vereinigten Staaten gehören, die furchtbar leiden, wenn sie ihre Baumwolle und Saatkorn, ihr Kupfer und Schmalz, ihren Mais und Weizen nicht loswerden können. Selbst billige Massenprodukte werden

wieder zu uns gelangen, wenn auch auf verteuern den Umwegen — und keineswegs wird man uns die hochwertigen Produkte wie Kupfer, Zinn, Kautschuk usw. lange sperren können. Die Lockung hoher Preise ist stärker als jede Blockade. Vor allem aber sind Anpassungen von größter Wirkung nicht nur möglich, sondern sogar wahrscheinlich.

Zunächst wird die Selbststeuerung durch den Preis vieles erreichen. Da Weizen an sich teurer ist als Roggen und durch die Festsetzung der behördlichen Höchstpreise stark bevorzugt ist, wird sich das Weizenareal auf Kosten des Roggengebietes beträchtlich ausdehnen. Wahrscheinlich wird das mit Zuckerrüben bebaute Feld einigermaßen einschrumpfen, und dafür werden Futterrüben und Kartoffeln angebaut werden; das Kartoffelland wird im ganzen auf Kosten des Kornlandes wachsen, weil es höher rentiert, und das wird für die Volksernährung sehr günstig sein, weil selbst bei der vorsichtigsten Schätzung Kartoffelland um zirka ein Viertel mehr Nährwerteinheiten liefert als Kornland. Ferner wird ganz im allgemeinen unter der Lockung hoher Preise die Intensität des Anbaues stark zunehmen. Dazu steht die Handarbeit sicher zur Verfügung. Hat nämlich auch die Mobilmachung die jungen Männer gerade der Landwirtschaft massenhaft entzogen, so haben wir doch die ganze große Schar russischer Landarbeiter, die wir sonst gegen Ende des Jahres in die Heimat zu entlassen pflegen, im Lande behalten, angeblich zirka 450 000 Köpfe, Männer und

Frauen; und haben schon jetzt über dreiviertel Million Kriegsgefangene, offenbar größtenteils Bauern und Landarbeiter, die uns helfen müssen. Außerdem wird bei der doch immerhin nicht glänzenden Lage des Marktes der städtischen Ungelernten sicherlich die sonst ungeheuer starke binnenländische Abwanderung vom Plattlande in die Städte sich wenigstens stark vermindern.

Ist somit eine höhere Arbeitsintensität der Landwirtschaft wahrscheinlich gesichert, so ist die höhere Kapitalsintensität wohl möglich, aber durch zwei Dinge gefährdet. Erstens durch den Mangel an stickstoffhaltigem Dünger, da dessen Hauptrepräsentant, der Chilisalpeter, nicht hereinkommt. Daß es möglich ist, dieses Defizit technisch abzudecken, ist sicher, und zwar durch Ammoniaksalze, die aus den Gaswässern gewonnen werden, durch Kalkstickstoff und vielleicht Luftstickstoff nach einem, wie man behauptet, jetzt gerade reif gewordenen neuen Verfahren: aber ob diese technische Möglichkeit auch eine ökonomische Möglichkeit ist, das heißt ob die Ersatzmittel in genügender Menge und vor allem zu genügend niederen Preisen produziert werden können, steht heute noch dahin.

Wäre es absolut sicher, daß kein Chilisalpeter während mehrerer Jahre ins Land kommen kann, dann ist nicht daran zu zweifeln, daß der Mangel sehr bald durch neue Düngerfabriken behoben werden würde. Aber das ist die zweite Schwierigkeit, die Unsicherheit der wirtschaftspolitischen Situation. Das Kapital hält sich mit neuen Anlagen zurück, und die Landwirtschaft wagt es nicht,

mit der vollen Kraft größerer Ausgaben an die Intensivierung der Betriebe heranzugehen. Dennoch kann sehr viel erreicht werden. Zweckmäßige Gründüngung, für die wir keines importierten Materials bedürfen, kann gerade den Stickstoffdünger weithin ersetzen; ferner leistet eine besonders zweckmäßige Behandlung der Ackerkrume, die durch fortwährende Zerstörung ihrer Kapillarität das Wasser im Untergrunde vor Verdunstung bewahrt und aufspart, Ungeahntes für den Aufschluß neuer, auch stickstoffhaltiger Pflanzennährstoffe; behaupten doch die Anhänger des in den Halbsteppenländern Amerikas ausgebildeten Dry farming, daß man bei geeigneter Bearbeitung des Bodens überhaupt ohne Düngung auskommen könne; statt die Statik des Bodens nach Liebig in kostspieligem Verfahren zu erhalten solle man seine Dynamik in Gang setzen; er sei keine Retorte voller fertiger Chemikalien, sondern ein Laboratorium, das fortwährend neue Nährstoffe aus dem toten Mineral bilden könne. Mag das übertrieben sein, jedenfalls läßt sich der Ertrag des Bodens einige Jahre hindurch auch ohne so viel künstlichen Stickstoffdünger durch Gründüngung und gute Bearbeitung der Felder auf dem bisherigen Stande erhalten, ja, durchschnittlich sogar wahrscheinlich steigern. Denn das bleibt wahr, trotz der sehr bedeutenden und hoch erfreulichen Steigerung der deutschen Durchschnittsernten in dem letzten Jahrzehnt bleibt selbst dieser vermehrte Durchschnitt noch beschämend tief hinter dem Ertrage der besten Güter auf Mittelboden zurück.

Wenn hier überall die Anpassung sich durch die Preisbildung mit Unterstützung der privaten Organisationen vollziehen wird, der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine, die ihre Mitglieder und Wähler durch Rat und Tat und sanften Zwang dahin bringen werden, das gleichzeitig allgemein Notwendige und privatwirtschaftlich Nützliche zu tun, so hat der Staat zu helfen, damit die letzte große Anpassung sich schnell genug vollziehe, die Gewinnung neuen Rußlandes im großen Stile.

Es sind in Deutschland noch ganze Provinzen im Frieden zu erobern. Fast genau zehn Prozent der Gesamtfläche, mehr als ein Sechstel der Nutzfläche wird bei uns von Unland eingenommen. Davon ist ein ungeheurer Teil der Kultur zu gewinnen. Heideland kann durch Rigolen und Düngung in kürzester Zeit in das beste Obst- und Gemüseland verwandelt werden; davon sind wenigstens zweieinhalb Millionen Hektar vorhanden. Und von den dreieinhalb Millionen Hektar umfassenden deutschen Mooren sind zweieinhalb Millionen Hektar kultivierbar; sie ergeben Wiesländereien von sehr hohem Ertrage: da Heu das beste, nährwertigste Futtermittel ist, und da auf einem Hektar in guten Jahren fünf Tonnen Heu geerntet werden, läßt sich ermessen, was hier bei gutem Willen und gehöriger Energie in kürzester Zeit für die Versorgung des deutschen Viehstandes und dadurch der Bevölkerung mit Fleisch geschehen kann.

Auch durch Ausdehnung der Fischzucht und des Obst-

baues (Beerenobst trägt schon im ersten Jahr) läßt sich sehr Großes schnell erreichen.

Der Ernährung wegen brauchen wir mithin keine ernstern Sorgen zu haben. Wie steht es mit den Werkgütern?

Die wichtigsten Rohstoffe und Hilfsstoffe erzeugen wir in jeder erwünschten Menge im eigenen Lande: Holz, Steine und Ziegel, Eisen und Kohle. Von den übrigen Metallen erzeugen wir Zink im größten Maßstabe, auch Blei genügend, sind dagegen auf die Einfuhr von Kupfer und Zinn angewiesen. Kupfer könnten wir allerdings im Notfall durch Verhüttung der armen Mansfelder Kupferschiefer in beliebiger Menge erlangen. Außerdem sind nach neueren Untersuchungen sehr große Mengen von Kupfer in Gestalt von Leitungsdrähten, Kesseln und anderen Geräten vorhanden, genug, um unseren Bedarf für mindestens ein Jahr zu decken. Zinn erhalten wir fast ganz über See aus Bolivien und Hinterindien (Banka-Zinn). Von wichtigen Hilfsstoffen führen wir der Regel nach sehr starke Mengen von Schmieröl ein (1913 Mehreinfuhr mineralischer Schmieröle 211 000 Tonnen gegenüber einer Eigenproduktion von 136 500 Tonnen; ferner importierten wir Tran und Fischfette ungefähr 48 000 Tonnen). Das Defizit muß im Notfall durch tierische Fette ersetzt werden: allerdings gegenüber unserem Manko an diesen Nahrungsmitteln recht schmerzlich!

Von dem Defizit an Chilisalpeter und Viehfuttermitteln und ihrer Ersatzmöglichkeit haben wir ausführlich gehandelt.

Von weiteren wichtigen Rohstoffen fehlen uns namentlich diejenigen der Textilindustrie. Wir haben im letzten Jahre für über eine Milliarde Mark Baumwolle und Wolle importiert. Wenn wir auch in Antwerpen, Berviers und Lodz große Vorräte namentlich von Wolle gefunden haben, können sie doch das Defizit nicht decken. Vielleicht stellt uns ein Sieg der türkischen Waffen am Nil in absehbarer Zeit ägyptische Baumwolle in größerer Menge zur Verfügung; vielleicht setzen die Vereinigten Staaten, die im letzten Jahre für fast zweieinhalb Milliarden Mark Baumwolle exportiert haben, die Freiheit ihres Baumwollhandels mit unseren neutralen Grenznachbarn durch, so daß wir auf dem Umwege hereinbekommen, was wir brauchen, — um so mehr, da Baumwolle auch nicht einmal relative Kriegskonterbande ist: im schlimmsten Falle müssen wir uns mit geringen Mengen behelfen. Das dadurch entstehende Problem ist allerdings mehr ein solches der Distribution als der Produktion. Denn wir können wohl eine Zeitlang mit unserem Vorrat an Kleidung und Wäsche auslangen: aber es ist nicht leicht, für die ungeheuere Bevölkerung unserer Textilindustrie, Spinnerei, Weberei, Schneiderei und Wäschekonfektion, andere lohnende Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, um so mehr, als auch Seide, Flachs und Jute vorwiegend oder ganz zu uns eingeführt wurden.

Was nun schließlich die Werkzeuge anlangt, so ist unsere gewaltige Maschinenindustrie jedem Anspruch gewachsen; hier können wir uns, solange die Materialien ausreichen

und die Arbeitskräfte vorhanden sind, von ausländischen Zufuhren völlig emanzipieren. Was wir bisher, dank der internationalen Arbeitsteilung, vom Auslande erhielten, weil es dort aus irgendwelchen Gründen vorteilhafter hergestellt werden konnte, können wir ohne Schwierigkeit selbst erzeugen.

Alles in allem dürfte die Frage der Produktion kaum allzu große Schwierigkeiten bereiten. Die Güterversorgung des Volks braucht nicht allzusehr herabzugehen; wenn die vorhandenen produktiven Kräfte, Menschen und Maschinen, zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden, und die Maschinerie vielleicht noch verstärkt werden kann, kann die technisch hoch entwickelte und darum besonders anpassungsfähige Nation neben dem Kriegsbedarf doch ungefähr die alte Menge von Gütern und Diensten des letzten Verzehrs herstellen; einige Einschränkungen und einige Unbequemlichkeiten infolge erzwungener Bedarfsverschiebung werden ja unvermeidlich sein.

Die Voraussetzung einer so glücklichen Entwicklung ist aber, daß für diese gesteigerte Produktion auch Absatz, Kaufkraft vorhanden ist. Damit gelangen wir zu dem Problem der Distribution.

Wir können die erzeugten Wertdinge nicht unmittelbar, von Behörden wegen, an die Bedürftigen verteilen, wenigstens nicht über den engen Rahmen der öffentlichen Fürsorge hinaus. Sondern wir müssen das Problem der Verteilung mittelbar, auf dem Wege der Arbeits-

beschaffung, das heißt der Beschaffung von entlohnter Arbeit, lösen.

Das ist die Hauptaufgabe. Die Besitzlosen haben weiter kein Angebot, das als wirksame Nachfrage nach Gütern auf den Markt gelangen kann, als das ihrer „Dienste“. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Ware flotten, augenblicklichen und regelmäßigen Absatz findet: denn sie verschwindet mit jedem Tage unwiederbringlich, und jeder verlorene Arbeitstag des A bedeutet entgehenden Absatz und verlorene Arbeitszeit für B—Z.

Neben dieser Hauptaufgabe besteht die geringere Aufgabe, die Kaufkraft der Besitzenden liquid zu machen, das heißt, ihnen dazu zu helfen, daß sie ihre Vermögensstücke ohne viel Beschwerde und Verluste „zu Geld machen können“. Das ist — nach einem schon 1870 erprobten Verfahren — sehr glücklich durch die Darlehnskassen und ähnliche Einrichtungen geleistet worden, die Effekten und Waren aller Art beliehen und den Darlehnsbetrag in ihren Noten ausbezahlt haben. Die Sparkassen haben durch Erleichterung ihrer Auszahlungsbedingungen — vielfach gleichfalls auf Grund von Verpfändungen bei den Darlehnskassen — in gleichem Sinne gewirkt, und auch die privaten Banken haben das Mögliche getan, wenigstens nach Überwindung des ersten Schrecks, um die Liquidität und Kaufkraft ihrer Kunden und Klienten zu fördern. Unterstützt, ja wohl hier und da gedrängt von der Reichsbank, die ihrerseits sie selbst wieder gestützt

hat, haben sie nicht nur als Schuldner mehr als ihre strikte Verpflichtung erfüllt — während zum Beispiel die französischen Banken die Guthaben ihrer Kontokorrentgläubiger nur zögernd und nur zum Teil ausgezahlt haben — sondern haben auch als Gläubiger die einmal gewährten Kredite nach Kräften durchgehalten. Dadurch konnten die Produktion und der Kreditgeldverkehr weithin aufrechterhalten werden, und die Arbeitslosigkeit der Massen erreichte keinen bedrohlichen Grad.

Damit sind wir bereits auf die eine Methode gekommen, durch die den Arbeitern Gelegenheit zum Lohnverdienst zugeführt wurde, die Kredithilfe für die Unternehmer mit ihrem „produktiven Konsum“; daneben verschwindet die durch die Darlehnskassen usw. vermittelte Kredithilfe für den eigentlichen Konsum der letzten Konsumenten. Denn bisher hat die deutsche Bevölkerung augenscheinlich nur in Ausnahmefällen von ihrem Vermögen zehren müssen.

Die zweite Methode haben wir im ersten Abschnitt ausführlich behandelt, die Arbeitsbeschaffung durch den Staat, nicht nur für militärische, sondern auch für Friedenszwecke. Darüber ist nichts mehr zu sagen, sondern nur der Wunsch auszusprechen, daß der Staat sich dieser Methode so entschlossen wie möglich mit der Absicht bediene, womöglich für alle Arbeitslosen lohnende Arbeitsgelegenheit zu erschließen. Die Möglichkeit dazu ist gegeben.

Wo diese beiden Mittel versagen, hat die unmittelbare unentgeltene Versorgung, die Caritas, einzusetzen. Reich und Kommune haben in bezug auf die Familien der Kriegsteilnehmer die öffentliche Verpflichtung dazu anerkannt und zahlen ihnen Unterstützungen, mit denen sie ihre notwendigen Bedürfnisbefriedigungsmittel erwerben können. Diese Verpflichtung sollte auch den übrigen Arbeitslosen gegenüber anerkannt werden; die Solidarität aller hat in einer solchen Katastrophe für jeden einzustehen, der ihr Opfer wurde, einer Katastrophe, die nicht weniger elementar ist als ein Erdbeben oder eine Feuersbrunst. Meiner Empfindung nach hätte in solchem Falle der Staat der privaten Caritas nicht mehr zu überlassen als die Füllung der in Staatsaktionen unvermeidlichen Lücken; da wir nicht so weit sind, sollte er wenigstens ohne Ananerei überall da einspringen, wo die unabhängige Organisation, zum Beispiel der Gewerkschaften und der privaten Liebestätigkeit, versagt. Aber ungleich wichtiger als Almosen ist Arbeitsgelegenheit, nicht nur, weil Almosen erniedrigt und Arbeit adelt, sondern auch weil der Almosenempfänger zu dem Gütervorrat der Nation, dem er täglich entnimmt, nichts beisteuert.

Als eine Maßnahme zur Regelung der Verteilung waren auch die schon in einem anderen Zusammenhang gewürdigten Höchstpreise gedacht. Sie waren namentlich dazu bestimmt, den gegebenen „Nominallohn“ der Arbeiter zu einem möglichst hohen „Reallohn“

auszureden, das heißt, dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, mit seinem Lohngehalt möglichst viel von jenen unentbehrlichen Waren zu kaufen.

Diese ihre Zweckbestimmung haben die Höchstpreise bisher ja auch erfüllt — aber leider auf Kosten des Reallohnes der künftigen Monate bis zur Ernte, der empfindlich hätte sinken müssen — vielleicht trotz dem Getreidemonopol empfindlich sinken wird — wenn der Preis stark gestiegen wäre, oder heraufgesetzt werden muß, um Vorrat und Bedarf einander anzupassen. Das wird nun getragen werden müssen und kann wahrscheinlich dadurch stark gemildert werden, daß die „Kriegs-Getreide-Gesellschaft“ und die Kommunalverbände ihren „Gewinn“, die Spannung zwischen dem Einkaufspreis zum behördlichen Höchstpreise und dem höheren Verkaufspreise, unter die bedürftige Bevölkerung verteilen: jedenfalls aber sollte die Regierung nicht nur dem Reallohn, sondern dem Nominallohn ihre volle Aufmerksamkeit schenken; sie könnte überall dort, wo sie unmittelbar oder mittelbar als Arbeitgeber oder — bei Ämtern — als Aufsichtsbehörde Einfluß auf die Arbeitsbedingungen hat, und das ist ja heute in noch nicht dagewesenem Maße der Fall, dafür Sorge tragen, daß im Interesse nicht nur der Arbeiter, sondern ebenso der Gesamtheit, das von der Kaufkraft der Arbeiter abhängig ist, die „anständigen Löhne“ der Gewerkschaftsbedingungen gezahlt werden. Wir gönnen den Kriegslieferanten schließlich selbst hohe Gewinne: aber dann sollen sie von

der Marktlage, die sie begünstigt, nicht auch noch nach unten hin, gegen die Arbeiter, mißbräuchlichen Vorteil ziehen dürfen. Das kann und soll der Staat verhindern, soweit sein Einfluß reicht. Und auch die öffentliche Meinung täte gut, einmal diese Seite der Dinge, die niederen Preise der Lohnarbeit, mit ebensoviel Aufmerksamkeit zu betrachten, wie die hohen Preise der Nahrungsmittel.

Wenn alle diese Wege mit der nötigen Energie beschritten werden, wenn also die Verwaltung eines so großen Gebietes wie Deutschland nicht fatalerweise zu schwerfällig sein muß, um trotz der Reibungen der Ressorts aneinander die Umlagerung und Anpassung schnell genug zu vollziehen und wenigstens dort nicht zu hindern, wo die Selbststeuerung des Marktes wirken will, — dann ist es durchaus möglich, daß die deutsche Volkswirtschaft auch unter einer langen Kriegszeit durchaus genügend funktioniert, das heißt, daß eine eigentliche Kriegsnot weder aus Gründen der Produktion auftritt, weil ein Mangel an Unterhalts- oder Produktionsmitteln sich einstellt, noch aus Gründen der Distribution, weil mehr Volksgenossen, als die öffentliche und private Hilfstätigkeit versorgen kann, ohne Existenzmittel sind. All das natürlich immer unter der Voraussetzung, daß uns auch in Zukunft schwere strategische Rückschläge erspart bleiben.

Wenn aber auch die Volkswirtschaft gut genug

gesichert scheint, so gilt nicht das gleiche für die Staatswirtschaft. Hier bestehen sehr ernste Bedenken. Bisher hat das Reich die Kriegsausgaben vorwiegend auf dem Wege der Anleihe aufgebracht. Führt es auf diesem Wege fort, und kommt es vielleicht doch nicht zum vollen Erfaß der aufgewendeten Kosten durch die Kriegsentschädigungen, dann bleibt eine furchtbare Verschuldung zurück. Da der Krieg täglich etwa 30—40 Millionen Mark unmittelbare Kosten verursachen soll, ist der Jahresbedarf mit wenigstens zehn Milliarden zu veranschlagen. Wir würden daher unter Einrechnung der jetzt schon bestehenden Reichsschulden nach nur zweijähriger Kriegsdauer mit einer Reichsschuld von 25—30 Milliarden Mark und einem Zinsendienst von, je nach dem Zinsfuß, jährlich einer bis anderthalb Milliarden zu rechnen haben. Dazu käme dann noch ein Invalidenfonds, der unter der Voraussetzung zweijähriger Kriegsdauer auf kaum weniger, eher mehr, als zwanzig Milliarden geschätzt werden muß. Schon das wäre enorm, wenn auch nicht gerade unmöglich. Aber bei noch längerer Dauer des Krieges kämen wir in der Tat zu unmöglichen Verhältnissen, unter denen die Kulturaufgaben der endlich eintretenden Friedenszeit sehr schwer leiden müßten.

Nun konnte das Reich bis jetzt kaum anders vorgehen. Während der Panik der ersten Wochen und der Unsicherheit der ersten Monate war fast alles Einkommen so sehr geschrumpft und das meiste Vermögen so tief entwertet,

daß eine neue Steuerbelastung unter Umständen das eine Reiskorn hätte sein können, das das überlastete Kamel der Volkswirtschaft niedergeworfen hätte. Jetzt aber, nachdem die Anpassung an den neuen Zustand sich doch einigermaßen durchgesetzt hat, sollte das Reich mit Entschlossenheit daran gehen, anstatt der Zukunft soweit wie möglich die Gegenwart für die Bedürfnisse der Gegenwart zu belasten, und das heißt: die Kriegskosten soviel wie möglich aus Steuern, statt aus Anleihen zu bestreiten.

Daß das möglich ist, kann, glaube ich, nicht wohl bestritten werden. Man hat den Betrag der jährlichen Ersparnis des deutschen Volkes schon vor Jahren auf fünf bis sechs Milliarden Mark jährlich geschätzt. Diese Ersparnis kann, das kann man in so schwerer Zeit fordern, durch eine allgemeine Einschränkung der Lebenshaltung noch bedeutend gesteigert werden; und wenn alle produktiven Kräfte voll entfesselt werden, kann auch das Gesamtprodukt noch gesteigert werden, so daß auch von dieser Seite her die Ersparnis wächst. Und einen sehr großen Teil dieser Ersparnis kann das Reich in seiner Not für sich anfordern, ohne daß ein Bürger sich beschweren dürfte: wo jeder sein Blut bedingungslos einzusetzen hat, hat er auch sein Gut herzugeben, und nun gar eine Bereicherung in solcher Zeit darf niemand fordern.

Darum sollte das Reich rücksichtslos mit einer stark progressiven Einkommensteuer vorangehen, um die

Lebenshaltung vor allem derjenigen Kreise einzuschränken, die solche Einschränkung am besten vertragen können, und sollte noch viel rücksichtsloser eine sehr starke progressive Wertzuwachssteuer eintreiben. Wessen Geschäft heute blüht, der dankt es unmittelbar als Kriegslieferant oder mittelbar als Produzent des Privatbedarfs der durch Kriegslieferungen Beschäftigten dem Reiche; und jeder von uns dankt es dem Heere des Reiches, daß er nicht alles oder das meiste verloren hat. Stünden die feindlichen Heere heute auf deutschem Boden, so wäre die „richesse fictive“ des deutschen Kapitalvermögens heute um schätzungsweise 100 bis 150 Milliarden Mark weniger wert, und es bestände keine Sicherheit, daß es jemals wieder den alten Wert erreichen würde. Für solche Leistungen kann das Reich jede Gegenleistung verlangen und darf namentlich in Form einer Wertzuwachssteuer einen großen Teil der Gewinne zurücknehmen, die zu machen es seinen Bürgern ermöglicht hat.

Auf diese Weise läßt sich erreichen, daß die Verschuldung des Reiches keinen allzu gefährlichen Grad ersteigt.

Wir müssen uns ein für alle Male klar machen, daß ein Kriegszustand von jeher eine mehr oder weniger kommunistische Wirtschaft bedingt hat — wie denn auch fast aller praktische Kommunismus der Geschichte immer nur die Ordnung eines Kriegslagers gewesen ist. Wir haben auch hier eine Anpassung, dieses Mal seelischer Art, zu vollziehen, indem wir den uns in Friedenszeiten

beherrschenden Individualismus und Egoismus zum Teil wenigstens aufgeben. Das berauschende Gemeinschaftsgefühl, das wir in uns und um uns erleben und das alle die Traurigkeiten dieses Weltbrandes und Weltgemetzels weit überwiegt, muß uns wieder lehren, daß auch in wirtschaftlichen Dingen das „Einer für alle und alle für einen“ zu gelten hat. Derart vorbereitet, brauchen wir die ganze Welt nicht zu fürchten.

---